



Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger
Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen
Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
www.i-f-a.org

A4-Druckereikollektiv (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch
www.a4druck.ch

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
www.aradio.blogspot.de

Gruppe X Berlin
Kontakt: afb@riseup.net

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
www.anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistische Gruppe östliches
Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
www.afrheinruhr.blogspot.de

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
www.a-netz.org

alert|a Pforzheim
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
www.alertapforzheim.blogspot.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
www.anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative
Kaiserslautern/Kusel
Kontakt: anarchistischeinitiative@web.de
www.anarchistische-initiative-kl.blogspot.de

Anarchistisches Netzwerk Tübingen
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
www.ant.blogspot.de

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
www.lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Heidelberg
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
www.anarchieheidelberg.blogspot.de

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
www.nigra.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
www.asjbonn.blogspot.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
www.asjl.blogspot.de

Initiative Anarchistische Föderation Nord
Kontakt: freievereinbarung@riseup.net
www.iafn.noblogs.org

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
www.karakok.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: nico@mynona.de

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
www.libertaeres-netzwerk.org

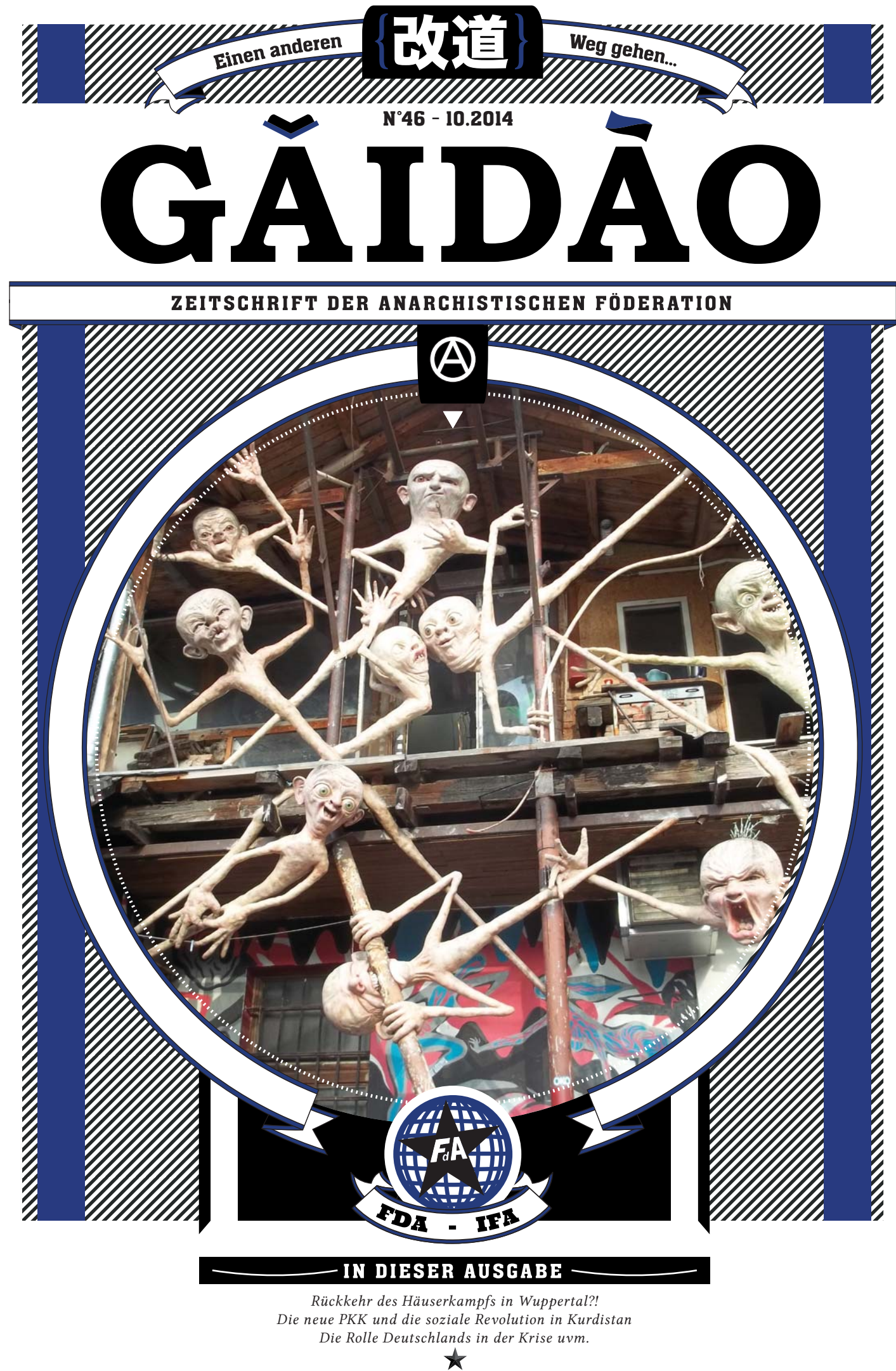
IK Dokumentation
www.libertaeres-netzwerk.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
www.fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogspot.de

e*vibes (Dresden)
Kontakt: e_vibes@riseup.net
evibes.blogspot.de



Editorial

Liebe Unverzagte,

„wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten“ sangen Ton, Steine, Scherben vor fast 40 Jahren. Ob Rio Reiser das heute immer noch so sehen würde sei dahingestellt; Fakt ist, das sich die schlechten Nachrichten tagtäglich überbieten, während vom Dämmerlicht am Horizont reichlich wenig zu sehen ist. Trotz US-Luftschläge und der großen beschworenen „Allianz gegen den Islamischen Staat“ ist selbiger weiter auf dem Vormarsch und erfreut sich ungebrochen an Scharia, Steinigungen und Säuberungsaktionen. In der Ukraine dauern die Kämpfe - trotz großem Sanktions- und Waffenstillstandsroutine - weiter an und während an Europas Außengrenzen wieder mehrere hundert Geflüchtete durch Bootsunglücke ums Leben kamen, träumt Horst Seehofer von seinem persönlichen Frontex-Ring um Bayern. Mit jeweils (fast) zweistelligen Ergebnissen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg bleiben uns die Anzugshetzer der AfD bis auf weiteres erhalten und mit der Zustimmung des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann zum „Asylkompromiss 2.0“, werfen die Grünen - nach Jugoslawienkrieg und Hartz 4 - den nächsten pseudo-emanzipatorischen Ballast über Bord. Und täglich grüsst das Murmeltier.

Trotz Alledem gibt es natürlich auch Lichtblicke im verklumpten Schwarz der Gesamtscheisse. Über einige davon berichten wir auf den folgenden Seiten, bpsw. über die vielfältigen stadtpolitischen Kämpfe, die aktuell im nordrhein-westfälischen Wuppertal stattfinden, oder die Transformation der PKK; weg von maoistisch-leninistischen Guerilla-Taktiken mit mehr als fragwürdigen Strukturen, hin zu stark anarchistisch beeinflussten Forderungen nach Selbstverwaltung und Dezentralismus.

Darüber hinaus findet ihr eine Erwiderung auf einen Artikel der Gruppen gegen Kapital und Nation aus der letzten Ausgabe, sowie eine Analyse zur deutschen Rolle in der europäischen Krisenpolitik. Und pünktlich zum 100-jährigen „Jubiläum“ des 1. Weltkriegs starten wir mit einer Artikelreihe zu „Gustav Landauers Stellung zum Weltkrieg“.

Wir wünschen euch viel Spaß und Erkenntnisgewinn bei diesen - und all den anderen Beiträgen in dieser Ausgabe. Bleibt widerständig gegen alle - oder zumindest einige - Widerlichkeiten des Alltags. Damit irgendwann wirklich „der Tag am nächsten ist.“

cln für die Redaktion

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatlichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipien im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.



Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao



FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

BERLIN

Offener anarchistischer Stammtisch

4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr
Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U1 Eberswalder Str.)

Termine der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)

jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen

jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr Vokü

-> F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

jeden 4. Freitag im Monat ab 21 Uhr Tresen

-> Braunschweigerstr. 53-55 (U / S Neukölln)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin

Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats.

aradio.blogspot.de

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen

Auf Anfrage mit mindestens 3 Wochen Vorlauf (an akfreizeit@riseup.net)
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen
Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden

jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Hebedas“
Rothenburger Straße, Dresden-Neustadt

Soli-Kneipe und Kultur-Tresen des Allgemeinen Syndikats Dresden

Jeden 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Hausprojekt WUMS e.V.
Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

Probe des libertären Chors des AK Freizeit

Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden Löbtau

café – feminismus zum kennen lernen

Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber
nochmal online checken: evibes.blogspot.de/cafe)
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

HEIDELBERG

A-Kneipe

Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

KAISERSLAUTERN

Anarchistisch-Kommunistischer Stammtisch der Anarchistischen
Initiative Kaiserslautern/Kusel

Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr im GI Café Clearing Barrel in der
Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

KARLSRUHE

Offenes Treffen der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 2. Dienstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Volxxküche der Libertären Gruppe Karlsruhe

Jeden 3. Donnerstag ab 19 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio

Jeden 2. Sonntag um 18 Uhr, Querkunk 104,8 MHz oder querfunk.de

LEIPZIG

Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)

Jeden Montag ab 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)

Jeden 1. Samstag im Monat 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19,
04109 Leipzig

Minijobberatungsstunde der ASJL

Jeden 2. und 4. Montag 19-20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109
Leipzig

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis
Ludwigsburg (LB)*

Jeden 4. Mittwoch
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

MANNHEIM

Volxxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)

Jeden 1. Sonntag ab 19 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

Radio Libertad – libertäre Nachrichtensendung der AGM auf Radio
Bermudafunk

Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat von 13:00 – 14:00 Uhr
89,6 in Mannheim 105,4 in Heidelberg

PFORZHEIM

Jeden Dienstag Lesekreis in der alten Fabrik

Bitte vorher anmelden unter: alerta@kommunikationssystem.de

WITTEN (Ruhrgebiet)

Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet

Jeden letzten Freitag im Monat, ab ca. 19.00 Uhr
Trotz allem, Augustastraße 58, Witten

Impressum:

Herausgeber*innen:
V.i.S.d.P.:

[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
Gai Dao
c/o Alarm e.V.
Postfach 10 01 61
77621 Offenburg

Druck und Verlag:
Erscheinungsweise:
Kontakt:

Eigenverlag
monatlich
redaktion-gaidao@riseup.net



ANARCHIE IN STEREO

DER LIBERTÄRE PODCAST

Der monatliche Rückblick des Anarchistischen Radios Berlin auf die ernsten und skurrilen Themen des Vormonats

SEPTEMBER 2014

VORAUSSICHTLICH IN DER AKTUELLEN AUSGABE:

- ◆ Eingeweiht – Wandbild Stadtpolitik in Berlin-Kreuzberg
- ◆ Rassismus – eine anarchistische Einschätzung zu Ferguson
- ◆ Unbeachtet – Anarchist*innen im Iran
- ◆ Abenteuer camps – Lustiger Urlaub an der Waffe
- ◆ Geschichte – Eric McDavid und der Ökoterrorismus-Vorwurf
- ◆ Wo herrscht Anarchie
- ◆ Kultur: Anarchie und Kunst
- ◆ Linktipp: Berlin besetzt

DOWNLOAD UND STREAM
ARADIO.BLOGSPOT.DE

ANARCHISTISCHES RADIO
BERLIN

GAI DÀO ABONNIEREN

3 Monate:	6,00€	7,50€	mind. 8,00€
6 Monate:	12,00€	15,00€	mind. 16,00€
12 Monate:	24,00€	30,00€	mind. 32,00€

(Preise: Prekär | Normal | Soli und zzgl. Versand)

Konto:
Be the media
Ktn.: 0004764986
BLZ: 83065408
Deutsche Skatbank

Für Spenden bitte einen entsprechenden Verwendungszweck angeben!

abo-gaidao@riseup.net
info@a4druck.ch (Schweiz)

Inhalt

Lokales

- 03** *Rückkehr des Häuserkampfes?!*
Zu den aktuellen Kämpfen in Wuppertal

Bewegung

- 07** *Libertäre von Rechts?*
Über eine „neue“ marktradikale Strömung
- 09** *Pinnwand*
Nachrichten in aller Kürze

Analyse & Diskussion

- 10** *Die neue PKK*
Wie eine Soziale Revolution in Kurdistan in Gang gesetzt wird
- 15** *Gegen den Isolationismus der Gruppen gegen Kapital und Nation*
Eine Erwiderung
- 18** *Was Deutschland von Europa will*
Die europäische Krisenpolitik

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Kultur und Alltag

- 22** *Ich war erst 15...*
Der Versuch einer künstlerischen Aufarbeitung
- 23** *Anarchy in the UK*
Bericht von der 3. Internationalen Konferenz des ASN
- 24** *Anarcho-Poetry: Warum Anarchie?*

Geschichte

- 25** *Gustav Landauers Stellung zum Weltkrieg*
Start einer neuen Artikelreihe

Termine

- 31** *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder



Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.



Rückkehr des Häuserkampfes!?

Einige Mieter*innen in der Nordstadt Wuppertals haben sich gerade mit Erfolg gegen ihre Verdrängung durch eine Luxussanierung gewehrt, da wird einige Straßen weiter zum ersten Mal seit gut 10 Jahren wieder für kurze Zeit ein Haus besetzt. Unterdessen reagieren die Nutzer*innen des Autonomen Zentrums auf die aktuelle Bedrohung ihres Standortes an der Gathe und rufen für den 18. Oktober zu Protesten auf.

★ von B.K.

Im Vergleich zu den, in der Wuppertaler Nordstadt reichlich vorhandenen Altbauten sehen die beiden Nachkriegshäuser an der Ecke Hombüchel/Ekkehardstraße nicht sonderlich schön aus. Ein Teil der Wohnungen steht schon längere Zeit leer und auch das Ladenlokal im Erdgeschoss der Ekkehardstraße 24 hat seine Türen schon vor längerer Zeit geschlossen. Vor ein paar Monaten kaufte dann der Wuppertaler Investor Daniel von Baum die Gebäude von einer Besitzer*innengemeinschaft auf. Diese hatten sich die letzten Jahre nicht wirklich um die Häuser gekümmert, so dass einige Modernisierungen sogar auf Eigeninitiative der Mieter*innen umgesetzt wurden. Dementsprechend befanden sich die Mieten auch relativ günstig unter dem Mietspiegel. Kurze Zeit nach dem Verkauf erhielten die Mieter*innen der Ekkehardstraße 24 ein Schreiben des neuen Vermieters, in dem mitgeteilt wurde, dass eine umfangreiche „energetische“ Sanierung bevorstehe, wodurch sich die Miete extrem erhöhen würde – teils sogar das Doppelte des Bisherigen! Zwei ältere Mieter*innen waren aus einem der Häuser bereits ausgezogen – wodurch dieses faktisch schon entmietet worden war.

Die Bewohner*innen der Hausnummer 24 wollten sich aber nicht so einfach ohne Widerstand vertreiben lassen, holten sich rechtlichen Beistand und luden außerdem für Ende Juli zu einem offenen „Mieter*innen Ratschlag“ ein, um sich mit den Anwohner*innen über die drohende Verdrängung auszutauschen. Schnell war klar, dass die Mieter*innen mit Unterstützung ihrer Nachbarschaft rechnen konnten. Um eine noch breitere Öffentlichkeit herzustellen wurde mit Flugblättern, Plakaten und im Internet zu einer öffentlichen Pressekonferenz vor dem betroffenen Gebäude eingeladen.

Am Montag den 18. August standen dann auch gut zwei dutzend Menschen inkl. der Nachbar*innen, der Lokalpresse und auch der Vermieter auf der Straße um die Pressekonferenz beginnen zu lassen. Unter den nervösen Blicken des Herrn von Baum berichteten die betroffenen Bewohner*innen der Presse über ihre Situation. Eine weitere große Hilfe war hier Knut Unger vom „Mieter*innenverein Witten und Umgebung e.V.“, der die Berichte der Betroffenen sachkundig ergänzte und direkt auch rechtliche Anmerkungen machte, wie die, dass der dreiste Versuch des Vermieters schon allein rein rechtlich nicht zulässig sei. Erst versuchte von Baum noch seine bisherigen Pläne zu verteidigen, aber nachdem immer wieder sowohl von rechtlicher, als auch von grundsätzlicher Seite Argumente vorgebracht wurden und auch der Unmut der Menschen etwas spürbar wurde, überraschte er doch alle Anwesenden – inklusive seines eigenen Anwalts. „Ihre Gegenwehr war erfolgreich.“ rief er und sicherte zu, die von den Mieter*innen vorgebrachten Mängel der Wohnungen ohne eine weitere Mietsteigerung durchzuführen. Alles Weitere wollte er im Anschluss mit den einzelnen Mietparteien absprechen, da sich die Bedürfnisse voneinander unterschieden.

Mit einem so schnellen Erfolg der Mieter*innen hatte niemand gerechnet, umso größer war am Abend erst einmal die Freude. Wie es genau in der Ekkehardstraße weitergeht und inwiefern auch der Rest der Nordstadt demnächst betroffen sein könnte, muss beobachtet werden. Natürlich ist Wuppertal alles andere als eine reiche Stadt, die Mieten sind auch in Innenstadt Nähe noch verhältnismäßig günstig. Doch die Nachfrage nach Wohnraum in Wuppertal steigt, da sich immer mehr Menschen die sehr hohen Mieten in den Metropolen Düsseldorf oder Köln nicht leisten können und des-

eingeht, indem man sich anders zueinander verhält.“^[26] Landauer opponiert immer wieder zwei transindividuelle Formbestimmtheiten, deren eine gewissermaßen phantasmatisch, durch die Leugnung ihrer transindividuellen Verfasstheit gekennzeichnet ist. Hier „Staat“ und äußerer Zwang, dort innere Notwendigkeit und viele Namen für das nur erst in öffentlicher Debatte^[27] sich bildende Neue: „werdende Menschheit“, „Bund von Bündnen“, „Als-ob-Nation“, „neues Volk“ oder „neue Gemeinschaft“. Am deutlichsten spricht sich diese Konzeption einer „grenzenlosen und schrankensprengenden Erneuerung der Völker durch die Abstreifung oberflächlicher Gewaltbeziehungen und die Durchsetzung echter freudig-liebvoller Gemeinschaft“^[28] sowie ihr Gegensatz zur Beziehungsform der Staatlichkeit vielleicht in einem Text aus, der, 1913 als Festschrift für den Prager Verein jüdischer Hochschüler Bar Kochba entstanden, schon im Titel eine Anspielung auf Spinoza enthält. Angesichts eines um sich greifenden Antisemitismus und chauvinistischen Nationalismus‘ gibt Landauer (als Jude und Deutscher) darin seiner Hoffnung Ausdruck, „noch vielfältiger eins zu sein als ich weiß.“^[29]

Es gibt also keinerlei Essenz, die die Homogenität einer Nation verbürgen könnte. Es gibt nur singuläre Individuen, deren vielfältige Zugehörigkeiten und Beziehungen jede „nationalstaatliche“ Grenzziehung selbst schon als einen Akt kriegerischer Brutalität erscheinen lassen. Da sind keinerlei fertige und abgeschlossene Individuen

en, die erst nachträglich mit anderen fix und fertigen Individuen in Beziehung treten würden. Jedes Individuum bildet sich zuallererst in diesen Beziehungen heraus und tut dies unausgesetzt, bis das Bewegungsverhältnis seiner Teile sich so grundlegend verändert, dass es zerfällt. Indem er einen starken Begriff des Friedens entwirft, beschließt Landauer so auch den zitierten Text: „Die Nationen, die sich zu Staaten abgegrenzt haben, haben draußen Nachbarn, die ihre Feinde sind; die jüdische Nation hat die Nachbarn in der eigenen Brust; und diese Nachbarnossenschaft ist Friede und Einheit in jedem, der ein Ganzer ist und sich zu sich bekennt. Sollte das nicht ein Zeichen sein des Berufs, den das Judentum an der Menschheit, in der Menschheit zu erfüllen hat?“^[30]

Auch diesen Exkurs möchte ich hier beschließen und resümierend festhalten, dass wir schon jetzt ausgestattet sind mit mindestens drei zusammenhängenden Begriffen. Diese sind: 1.) der Begriff einer unveräußerlichen Wirkmacht, 2.) des Bewirktsein in Machtverhältnissen und so zuletzt 3.) einer radikal dezentrierten Individualität, deren Formbestimmtheit mit der Formbestimmtheit kollektiver Macht intim verbunden ist. Es sind u. a. diese formalen Begriffe, die die Analysen und Interventionen Landauers orientieren. Nehmen wir sie jetzt also mit zurück zum näheren, historischen Thema dieses Artikels!

(Fortsetzung in Gai Dào Nr. 47)

[27] Denn jede*r hat ihre oder seine eigene Utopie und glaubt „allein alles zu wissen“ (TTP, Kap. 20).

[28] Landauer, Sind das Ketzergedanken?, in: Ders., Der werdende Mensch, Potsdam 1921, S. 120-128, S. 125.

[29] Ebd., 126.

[30] Ebd., 128.



Aus dem ABC der anarchistischen und emanzipatorischen Bewegungen

Marcos Denegro | Anarchistische Föderation Berlin

ANARCHISTISCHES WÖRTERBUCH

Eine Orientierungshilfe durch den Begriffsdschungel anarchistischer und emanzipatorischer Bewegungen

150 Seiten | 12,80 Euro
ISBN 978-3-942885-47-8

www.edition-assemblage.de





lich ihrer eigenen Notwendigkeit, schon weil sie nichts außer sich hat, was sie bedingen oder begrenzen könnte (EI, Def1u.7). Dies heißt umgekehrt aber auch, dass die Einzeldinge nicht nur als Bewirkte in der unendlichen Substanz enthalten sind, sondern auch teilhaben an deren immanenter Wirksamkeit. Insofern sie ihrer inneren Notwendigkeit folgen, sind sie frei.^[17]

Gleichwohl ist völlige Autonomie für Einzeldinge unerreichbar. Die „Wirkende[n]“, von denen Landauer spricht, sind zwar nicht „bloß Bewirkte“, aber sie sind es immer auch, und gerade darin bildet sich ihre Individualität. Sie sind auch als Wirkende ein Teil der unendlichen Substanz, aber eben nur ein Teil, und so hängen sie von unzähligen Dingen ab und bedürfen unzähliger Dinge zu ihrer Erhaltung. Die Vorstellung eines autonomen, überhaupt eines zentristischen oder selbst-identischen Individuums, auch einer Nation, ist deshalb absurd.

Da ein einzelnes menschliches Ding gegen die äußeren, es übertreffenden Umstände^[18] nicht viel vermag (EIV, Ax.; L3), wird sein Streben auch darauf gehen, sich zur Steigerung seiner Macht mit anderen, ihm ähnlichen Dingen (d. h. Menschen) „in gegenseitiger Hilfe“ (EIV, L35, Anm.; L28) zusammenzuschließen. Was Spinoza – und Landauer mit ihm – denkt, sind nun die Bedingungen eines Gemeinwesens, dessen Macht die gemeinsam besessene Macht der Einzelnen ist und ihr nicht – wie unter den Bedingungen der Staatlichkeit – entgegensteht: die freie Assoziation, in der „alle“, geleitet durch den verbindenden Geist der Vernunft, Liebe und Gerechtigkeit^[19], „zusammen für sich selbst den gemeinsamen Nutzen aller suchten“ (EIV, L18, Anm.; vgl. L73). Nichts anderes auch haben wir darunter zu verstehen, wenn Landauer uns etwa im Aufruf zum Sozialismus von der „Durcheinanderschichtung der vielen aus dem Geist erwachsenen Bünde“ in „natürlichem Zwang der Zueinandergehörigkeit“ spricht.^[20]

Drittens: Fast ungewollt sind wir längst übergegangen zum Thema kollektiver Individualität, das präziser als eines der „Transindividualität“^[21] bezeichnet ist. Seine begriffliche Aufklärung ist elementar für ein angemessenes Verständnis des Landauer’schen Antimilitarismus, seiner entschiedenen, unseren modernen Ohren fast unver-



Anzeige

ständlichen Entgegensetzung von „Staat“ und „Volk“, überhaupt seines offenen, nicht-identischen Begriffs der Nation, der uns in seinen Schriften überall entgegentritt, – und mit dem er einem chauvinistischen Begriff der Nation oder des Volkes begegnete, wie ihn Carl Schmitt dem deutschen Mob seit den frühen 20er Jahren am präzisen von den Lippen abgelesen und begrifflich formalisiert hat.

Ein „Individuum“, egal wie groß oder klein^[22], ist überhaupt nichts anderes als das geregelte Bewegungsverhältnis seiner Teile, die es mit anderen Individuen austauscht.^[23] Jedes Individuum ist aus Teilen (zumeist aus anderen Individuen) zusammengesetzt, steht in einem Stoffwechsel mit der Natur, oder genauer: in einem einzigen Stoffwechsel der Natur, in unüberschaubar vielen Beziehungen mit anderen Individuen und somit, strikt gesprochen, in Strebens- oder Machtverhältnissen. Es sind so auch unterschiedliche transindividuelle Bewegungsformen, unterschiedliche Formbestimmtheiten insbesondere politischer Gemeinwesen, der Menschheit usw., in einem Wort: unterschiedliche „Beziehungsweisen“^[24], notwendigerweise denkbar. Durch die Modulation des Bewegungsverhältnisses ihrer Teile, die Veränderung also ihrer reproduktiven Beziehungen, verändern sich die Transindividuen selbst; d. h. sie reproduzieren sich nicht identisch. Dies ist, sehr formal gesprochen, der gangbare Weg einer „Umwandlung der gesellschaftlichen Zustände“^[25], wie der Sozialistische Bund sie erstrebt, und in diesem Sinne schreibt Landauer im Juni 1910: „Staat ist ein Verhältnis, ist eine Beziehung zwischen den Menschen, ist eine Art, wie die Menschen sich zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen

wegen zum Wohnen in umliegende Städte ziehen. Parallel versucht die Stadt Wuppertal immer noch konkurrenzfähiger gegenüber anderen Städten zu werden und betreibt mit dem Umbau des Hauptbahnhofs und dessen Umgebung eine klare Aufwertung der Innenstadt, die direkt an die Nordstadt angrenzt. Der durch den Konflikt entstandene Mieter*innenkreis möchte sich auf jeden Fall regelmäßig weiter treffen, um sich diesbezüglich auszutauschen und um eine Anlaufstelle im Falle ähnlicher Problematiken zu bieten. Der Widerstand in diesem Fall hat sich gelohnt. Wichtig war das Zusammenspiel zwischen der direkten Solidarität aus dem Viertel und dem angewandten Wissen des Mietrechts durch einen sachkundigen Menschen. Unterstützend kam hinzu, dass der Investor nicht anonym war, sondern Mitglied einer alten Wuppertaler Unternehmer*innenfamilie, der wohl kein Interesse verspürte sein positives Image in der Stadt zu verlieren.

Das Haus wird besetzt, die Miete nicht bezahlt...

Nur zwei Ecken weiter kam es zwei Wochen nach der Pressekonferenz zu Folgendem: Am späten Abend des 30. August wurde das, zentral auf dem Ölberg gelegene Haus Marienstraße 41 besetzt. Aktivist*innen drangen in das Haus ein und hängten aus den Fenstern zwei Transparente mit den Aufschriften „Besser die Jugend besetzt leere Häuser, als fremde Länder“ und „AZ bleibt an der Gathe“. Eine Erklärung wurde am Abend noch auf linksunten.indymedia veröffentlicht. Ziel der Besetzung sei, die Einrichtung eines Sozialen Zentrums für das Viertel und eines Refugee-Welcome-Centers für Wuppertal. Die angestrebte Nutzung der Marienstr.41 hätte nicht in Konkurrenz zum Autonomen Zentrum an der Gathe gestanden. Das soziale Nachbarschaftszentrum sollte eher ein Ersatz für die wegbrechende soziale Infrastruktur für die direkte Nachbarschaft sein und ein Refugee-Welcome-Center ist in jeder Stadt notwendig. Außerdem wurden Grüße ausgerichtet, an das wenige Tage zuvor geräumte Soziale Zentrum „Avanti“ in Dortmund und die zu der Zeit stattfindenden Squatting Days in Hamburg. Für den Tag darauf sollte es, bei einem gemeinsamen Frühstück, ein erstes Kennenlernen mit den Nachbar*innen geben. Doch dazu kam es nicht.

Ziemlich direkt nach dem Einzug der Aktivist*innen, in das seit Jahren leerstehende Haus, kam es zu einem großen Polizeieinsatz. Die ersten auf dem Ölberg eintreffenden Bullen agierten ohne Räumungstitel und Einsatzbefehl. Sie drangen ins Haus ein und bedrohten die dort anwesenden Menschen mit gezogener Schusswaffe. Gleichzeitig gingen die Bullen auch gegen, die noch anwesenden Besucher*innen des gerade zu Ende gehenden „Schusterplatzfest“ vor. Mit Schubsen, Drohungen (z.B. „Bleib stehen sonst ziehe ich dir den Knüppel durch die Fresse!“) und willkürlichen Kontrollen von Personalien sorgten sie direkt für starke Empörung bei den Menschen vor Ort. Während die Bullen noch meinten, dass es ihnen schwer fallen würde „Autonome“ von „Passanten“ zu unterscheiden, sammelten sich gegenüber der Marienstraße 41 auf dem Otto-Böhne-Platz immer mehr Menschen um sich ein Bild von dem plötzlichen Aufruhr zu

machen und um gegen das Vorgehen der Bullen zu protestieren – „Der ganze Ölberg hasst die Polizei!“ schallte es durch die engen Straßen. Dadurch anscheinend stark verunsichert wurden gleich mehrere Hundertschaften, auch aus den umliegenden Städten Köln und Dortmund, nach Wuppertal beordert um die Nordstadt zu besetzen. Bis in die späte Nacht hinein kam es zu kleineren Auseinandersetzungen. Die Bullen nahmen im Haus 7 Menschen fest, später wurden noch zwei Passant*innen, die sich nicht von den Bullen herumkommandieren ließen, brutal festgenommen und erst am Morgen wieder freigelassen. Wohl aus Reaktion auf das aggressive Vorgehen der Staatsmacht, wurden bei vier ihrer Fahrzeuge die Reifen zerstochen, Scheibenwischer abgebrochen und mehrfach gegen die Bullenautos getreten. In drei Nebenstraßen brannten Altpapiercontainer. Das waren die Geschehnisse rund um die erste versuchte Besetzung seit dem Jahr 2006. Damals kam es zu einer mehrmonatigen Platzbesetzung durch die Bauwagen von „Riss und Lücke“ am Mirker Bahnhof in Wuppertal. In Folge der Auseinandersetzungen rund um die Räumung des Platzes, kam es zu mehreren Scheinbesetzungen von Gebäuden.

In den nächsten Tagen war die Besetzung das Gesprächsthema Nummer Eins im Viertel. So fand ein von gut 70 Menschen besuchtes Treffen auf dem Otto-Böhne-Platz statt, bei dem sich über die Vorkommnisse der letzten Tage ausgetauscht wurde. An der provisorisch angebrachten Sperrholzplatte am Schaufenster der Marienstraße 41 wurde eine Pinnwand eröffnet, die auch schon von Menschen aus dem Quartier rege genutzt wurde um die vielen und unterschiedlichen Bedürfnisse, die es gibt, der Öffentlichkeit zu präsentieren. Während des gut besuchten Sperrmüllfestes am 10. September gab es zum ersten Mal einen Spaziergang durchs Viertel, bei dem immer wieder an komplett oder teilweise leerstehenden Gebäuden angehalten wurde, um über den jeweiligen aktuellen Stand diesbezüglich aufzuklären – weitere Aktionen in dieser Form wurden angekündigt. Aber auch die bezahlten Schergen der bestehenden Ordnung agierten weiter auf dem Berg. So wurden die selbstorganisierte Biertischgar-nitur und weitere Sitzgelegenheiten vom Ordnungsamt geklaut, die Bullen waren damit beschäftigt Kreidemalereien zu dokumentieren, weitere willkürliche Kontrollen durchzuführen und mit der Hand an der Knarre über den örtlichen Kinderspielplatz zu patrouillieren.

Der Verein „Unternehmer*innen für die Nordstadt e.V.“ veröffentlichte auch eine Erklärung mit dem Titel „Endlich ist das Haus mal besetzt worden ...“, in der sie den „Belagerungszustand“ durch die Bullen kritisierten und auf die Hintergründe des seit Jahren leerstehenden und immer mehr heruntergewirtschafteten Hauses aufmerksam machten. Auch wenn sich die Zielsetzungen von Verein und Aktivist*innen, bezüglich der zukünftigen Nutzung des momentanen Leerstandes in der Nordstadt deutlich unterscheiden, ist das Verhältnis in dem Viertel allgemein sehr solidarisch. Am Abend des 12. September kam es dann zu einer erneuten Besetzung der Marienstraße 41 – leider kurz darauf auch wieder zur Räumung selbiger. Diesmal konnten die Aktivist*innen im Haus je-

[17] Mit einem anderen Vokabular ließe sich hier von einem „subjektiven Faktor“ sprechen, während ein Weltbild ohne diese Form der Wirksamkeit „mechanizistisch“ hieße, da es die Einzeldinge auf nur bewirkte Elemente in einem einmal aufgezogenen Uhrwerk reduzieren und sich dazu – gewollt oder nicht – auf eine irgendwie transzendente Ursache als auf einen ersten Bewegter verlassen müsste.[2] Wir wollen sie bitte nicht als „Diskurse“ bezeichnen.

[18] Diese Umstände können ganz verschieden sein. Sie können die Widrigkeiten rauen Wetters genauso umfassen wie das Heraufziehen eines Krieges oder einer globalen Klimakatastrophe. Leider gilt auch: „Eine Begierde, die einer [wahren] Erkenntnis des guten oder Schlechten entspringt, insofern sich diese Erkenntnis auf die Zukunft richtet, kann von einer Begierde nach Dingen, die im Augenblick Angenehmes verheißen, ganz leicht gehemmt oder unterdrückt werden.“ (EIV. L16)

[19] Vgl. zur Bedeutung von „Liebe“ und „Gerechtigkeit“ (die ein ständiges Thema etwa in Landauers Aufruf sind) als einzige Grundsätze „wahrer Religion“, die Spinoza jeder Dogmatik entgegenhält: TTP, bes. Kap. 13 u. 14.

[20] Landauer, Aufruf, S. 64.

[21] Vgl. hierzu ausführlicher den (trotz Unschärfen im Begriff des „Staates“) sehr instruktiven Aufsatz von Étienne Balibar: „From Individuality to Transindividuality“, online unter: <http://wp.me/a2EcvP-6o>

[22] Also etwa: meine Darmflora, ein Nationalstaat, ich selbst, eine Stadt, der Planet, das Planetensystem, eine Kommune, oder auch, für Landauer nicht unwichtig, das romantische Paar.

[23] Man steigt bekanntlich nicht zweimal in denselben Fluss, aber auch der menschliche Körper, der da in den Fluss steigt, ist nicht zweimal derselbe. Er erneuert sich ständig und ca. alle sieben Jahre nahezu komplett.

[24] Bini Adamczak entwickelt diesen Begriff in ihrer Dissertation (im Erscheinen).

[25] Landauer, Beginnen, S. 3.

[26] Ebd., S. 53.



doch rechtzeitig den Rückzug antreten, so dass im Haus keine Person festgenommen wurde. Auf der Straße davor sah es dann aber wieder anders aus. Die Bullen griffen die anwesenden Unterstützer*innen ohne Vorwarnung mit Knüppel und Pfefferspray an und setzten die ganze Nacht lang willkürliche Platzverweise durch, bei denen es auch zu mehreren Festnahmen kam. Dieser zweite Besetzungsversuch verdeutlicht noch einmal das ernst gemeinte Anliegen der Besetzer*innen.

Die Berichterstattung der lokalen Monopolzeitung greift in keinsten Weise die grundlegende Zielsetzung der Besetzer*innen auf, sondern bricht das Thema auf die Auseinandersetzungen des Autonomen Zentrums an der Gathe herunter, u.a. titelte die Westdeutsche Zeitung: „Die Randalie auf dem Ölberg setzt die Politik und die Verwaltung unter Druck: Wohin mit dem Autonomen Zentrum?“ – Damit war das AZ auf jeden Fall wieder in der direkten öffentlichen Debatte.

AZ bleibt an der Gathe!

Das in Wuppertal Häuser besetzt wurden ist schon eine ganze Weile her, damals noch für die Durchsetzung des Autonomen Zentrums. Dieses kann inzwischen auf eine über 40 jährige Geschichte zurückblicken und befindet sich seit nun schon fast 25 Jahren an der Gathe, der ehemaligen Ausgehmeile Wuppertals, direkt an der Nordstadt gelegen. Dass es das Zentrum in seiner heutigen Unabhängigkeit gibt, ist die Folge konsequenter und auch militanter Kämpfe in den 80er Jahren. Das AZ in Wuppertal ist eine extrem wichtige Ausgangsbasis für gesellschaftliche Auseinandersetzungen, sei es gegen soziale Ungerechtigkeit oder gegen die in den letzten Jahren erstarkte Naziszene vor Ort. Desweiteren ist das AZ wohl auch einer der wenigen Rückzugsorte für eine Subkultur, für die in der hiesigen Gesellschaft kein Platz ist. Und es ist ein wahnsinnig wichtiger Ort um sich gemeinsam über verschiedene gesellschaftliche Alternativen zur Bestehenden auszutauschen und Kompliz*innen für den notwendigen Schabernack zu finden.

Doch seit einiger Zeit ist der von den Nutzer*innen gewünschte Standort in Gefahr. Die DITIB-Gemeinde, deren Moschee sich momentan noch auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet, möchte umziehen und sich vergrößern. Für ihr geplantes „isla-

misches Zentrum“ haben sie sich mit der Stadt auch schon auf ein Gelände geeinigt, das seit Jahren brachliegende alte Tankstellengelände mitsamt Eckrandbebauung Gathe/Markomannenstraße – also genau der Ort an dem sich das AZ momentan befindet. Es gibt zwar die offizielle Position der Stadt, dass das Autonome Zentrum möglicherweise „nur“ umziehen soll, doch solche Aussagen sind mit Vorsicht zu genießen. Denn es gibt momentan schlicht kein angemessenes Haus in der Elberfelder Nordstadt, in das das Autonome Zentrum ausweichen könnte – und es ist bekannt, dass die DITIB-Gemeinde kurz davor ist das Gelände von der Stadt zu erstehen. Auch in der Öffentlichkeit getätigte Kommentare, wie das des DITIB-Gemeinden Vorstandsmitglied Selim Mercan „Wir könnten uns sogar vorstellen, noch näher zusammenzurücken.“ sind nicht relevant, solange gleichzeitig dem AZ eine mehrmals eingeforderte Bestandsgarantie verweigert wird. Die bisherigen Gespräche zwischen AZ, Stadt, Moschee und Paritätischen Wohlfahrtsverband blieben alle ergebnislos.

Natürlich werden in einer noch näheren Nachbarschaft zur DITIB auch deutliche Probleme gesehen. Neben mehreren anderen Punkten auch die Verstrickung mit dem türkischen Staat und dessen Politik, die auch deutlich thematisiert und angegriffen werden muss. Eine einheitliche Strategie der AZ-Nutzer*innen gegenüber der DITIB steht noch nicht fest, da wird intern wohl auch noch die ein oder andere Debatte geführt werden. Wichtig ist aber, dass in diesem Zusammenhang nicht ungeschickt agiert werden darf, da sonst ganz schnell die Gefahr aufkommt in der Öffentlichkeit einen vorhandenen rassistischen Diskurs zu befeuern – dass dies leider mehr als nur reine Bedenken sind zeigen die Leser*innenkommentare, unter den betreffenden Artikeln, auf der Homepage der Westdeutschen Zeitung. Ebenso muss sich vehement gegen Pseudo-Zustimmung für ein AZ an der Gathe gewehrt werden, die mit rassistischen Begründungen unterfüttert wird.

Für den 18 Oktober 2014 wird zu einer großen Tanz- und Kampfdemonstration nach Wuppertal aufgerufen. Wie schon am autonomen 1 Mai dieses Jahr wird das Motto der Demo lauten „AZ bleibt an der Gathe!“. Anlaufpunkt ist ab 15:00 Uhr die Elberfelder Innenstadt, in direkter Nähe des Hauptbahnhofs. Die Nazis von der Kleinstpartei „Die Rechte“ (ehemals „Nationale Sozialisten Wuppertal“) wollen mit einer Kundgebung für ein Nazi Zentrum am gleichen Tag zur gleichen Uhrzeit provozieren! Dies gilt es deutlich zurückzuweisen. Gerade an diesem Tag, der ganz im Zeichen autonomer Freiräume stehen wird, kann nochmals bewiesen werden wofür das AZ unter anderem steht: Für ganz klaren Antifaschismus und die klare Bekämpfung autoritärer Formierungen.

Deswegen: Am 18. Oktober auf nach Wuppertal! Gegen das Nazi-pack! Für autonome Freiräume und soziale Zentren! AZ bleibt an der Gathe! Nazis stoppen! Dann auf zur großen Tanz- und Kampfdemo!

TERMINE & MEHR INFOS

- ◆ Mieter*innentreffen der Nordstadt: Jeden vierten Donnerstag des Monats, 19:00 Uhr im Café Stilbruch am Otto-Böhne-Platz
- ◆ 18. Oktober 2014: Aktionen und Demonstration gegen das Nazipack und für das Autonome Zentrum an der Gathe, 15:00 Uhr, Wuppertal-Elberfeld, Innenstadt
- ◆ Haltet euch auf dem Laufenden unter www.az-wuppertal.de



ligem Schweigen unsres eigentlichen, unsres inneren Menschen unsere Rolle in der kapitalistischen Wirtschaft zu spielen, damit wir leben können. Dann fahren wir wieder so schnell wie möglich in unsern Vorort hinaus: da haben wir uns so ein kleines Reich der Ländlichkeit und Abgeschlossenheit zurecht gemacht, und da führen wir, wie wir meinen, unser eigentliches Leben.“ (18f.) Man träumte sich weg, und nichts war getan. Klar und simpel sprach Landauer aus, dass sie alle ausgeliefert waren und doch die Allermeisten sich dabei zu bescheiden schienen.

Ideologie und Wirksamkeit

Es lohnt hier, eine kleine Passage dieses Artikels vom April 1909 hervorzuheben und genauer zu besehen, in der Landauer die so beschriebene durch die Verhältnisse beförderte Weltflucht derer, die (in ihren Vorstellungen) aus den sie leiden machenden Verhältnissen schon ausgebrochen sind, mit einer Theorie der Kausalität in Verbindung bringt. „Erst auf einer Vorstufe“, schreibt er, „sind die vielen, die von ihm [dem Zwangsverband Staat] nichts wissen wollen, weil er sie an Leib und Seele Not leiden lässt: diese sind noch bloß Bewirkte, wir wollen Wirkende sein.“ (22)

Was in diesem Satz in nuce enthalten ist oder doch wider klingt, ist eine ganze Theorie der Ideologie und ihrer materiellen Existenz ebenso wie, und mit dieser verknüpft, eine komplexe Theorie der Kausalität. Hier ist nicht der Ort, diesen Satz Wort für Wort zu diskutieren, aber drei Dinge sollen bemerkt werden. Alles Weitere wird dann durch diese scheinbare Abschweifung nur umso besser verständlich. Erstens: Es besteht für Landauer keine Trennung zwischen Theorie und Praxis, so wenig, wie sie für irgendjemanden zu seiner Zeit bestanden hat oder heute besteht. Der Unterschied ist nur, dass Landauer um die Scheinbarkeit einer solchen Trennung weiß, während andere munter von ihr daherreden.^[13] Die unerquicklichen Umstände des Kaiserreichs betrafen das Denken geradeso wie das Handeln und drängten beides zugleich in die Passivität. Zwar strebt der Geist (auch jedes Menschen), „soviel er kann, sich dasjenige vorzustellen, was die Wirkungsmacht des Körpers vermehrt oder fördert“ (EIII, L12) – und dessen Idee zugleich „unseres Geistes Macht des Denkens“ (ebd. L11) steigert, doch tut er dies „sowohl insofern er klare und deutliche, als auch insofern er verworrene Ideen hat“ (ebd. L9), die von leidenden Affektionen herrühren, mit falschen Vorstellungen, die wirklicher Erkenntnis entgegen sind und durch die er sich deshalb in seinem Streben verfehlt. Bei der ästhetizistischen Weltflucht, die Landauer hier diskutiert, handelt es sich um einen solchen Fall. Sie ist ein Streben unter falschen Voraussetzungen und mit verfehltm Ergebnis. Die spontane Abscheu derer, die „nichts wissen wollen“ vom „Zwangsverband Staat“ als der Ursache ihrer „Not“, weiß tatsächlich nicht viel von ihm. Die Weltflucht, die Landauer angreift, ist nur Ak-

kommodation, „Schein, Selbsttäuschung, Bemäntelung des (...) völligen Mangels an Gestaltungs- und Tatkraft.“ (21) Sie ist nur vorgestellt und daher, weil es nun mal kein Außen gibt, lediglich eine leidende Art, in den Verhältnissen zu sein, die man zu fliehen meint, und ihr allereigenster Teil. Eine – wenn man so will – wirkliche Weltflucht wäre nur möglich als eine solche, die diese Verhältnisse erkennend verändert.^[14]

Im Aufruf zum Sozialismus macht Landauer eine erstaunliche, etwas unvermittelt wirkende Einlassung über „die Menschen unsrer Zeit und zumal die sogenannten Sozialisten“, indem er behauptet: „sie tun nichts Wirkliches und nichts Praktisches; und wie könnten sie Wirkliches schaffen, da sie nicht wirklich denken!“^[15] Die Stelle korrespondiert sichtlich der eben zitierten: Denken und Handeln – bezogen auf die „Substanz“ Spinozas sind sie identisch (EII, L7) – werden direkt verknüpft und so auch die Verwirklichung, die Landauer im Sinn hat, mit „wirklichem Denken“. Umgekehrt bedeutet dies mithin, dass ein besseres und erst ganz ein adäquates Wissen nicht nur die Möglichkeit gesteigerter Aktivität, d. h. aktiver, statt zufälliger Wirkungen und wirksamer Praxis in Aussicht stellt, sondern mit ihr geradezu in Eins fällt. Wer einer bestimmten Erkenntnis wirklich habhaft ist, kann nicht anders, als ihr gemäß handeln, und gerade darin ist er oder sie frei.

Zweitens: Landauer stellt in der zitierten Passage „Wirkende“ und „bloß Bewirkte“ gegenüber. Zwar übertreibt er damit ein Wenig, denn niemand kann sich seiner Wirkmacht gänzlich entäußern und tatsächlich „bloß“ bewirkt sein. Um so deutlicher jedoch tritt so die Konzeption einer doppelten Kausalität – sowohl innerweltlich als auch immanent – hervor, wie sie ebenfalls der Ontologie Spinozas entnommen ist. Die singulären „Einzeldinge“ (z. B. Menschen) stehen in gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnissen und sind jedes durch ein komplexes Netz äußerer Ursachen bewirkt (EI, L28; V, L6, Bew.); sie sind gleichsam nur die Summe dieser Ursachen und der Bereich einer singulären Überlagerung ihrer Bedingungen. Dies wäre die innerweltliche Kausalität. Zugleich jedoch sind sie jeweils selbst wirksam, relativ autonom und irreduzibel auf die Verhältnisse, in denen sie sich herausbilden (EI, L36; III, Def2). Dies wäre die immanente Kausalität, eine Wirksamkeit, die ihnen selbst innewohnt. Für Spinoza und mit ihm für Landauer ist die „Begierde“ (EIII, A.def.1), „die Macht oder das Streben“ eines jeden Dinges, sich „in seinem Sein“ zu erhalten, geradezu die „wirkliche Essenz“ ebendieses singulären Einzeldinges (EIII, L7, Bew.), das sich als geregeltes Bewegungsverhältnis seiner Teile (EII, Ax3; Hs7) im fortwährenden Austausch mit anderen Dingen reproduziert.^[16] Völlig autonom, d. h. notwendig frei, ist – mit Spinoza zu sprechen – nur „Gott“: die unendliche Substanz oder „Natur“. Sie ist Ursache ihrer selbst (causa sui) und folgt gänz-

[13] So wäre auch der oft beschworene Dualismus von Theorie und Praxis im „revolutionären Attentismus“ (Dieter Groh) der zeitgenössischen Sozialdemokratie als Trennung tatsächlich erkannt. Und entsprach nicht das Elend der sozialdemokratischen Praxis jederzeit haargenau dem Elend ihrer sogenannten Theorie? [16] Etwa Reinhard Kühnl, Kritiker*innen wie Wippermann hingegen kritisieren nur Nutzung und Verkehrung der Theorie als Staatsideologie im Kalten Krieg

[14] „Historismus“ und „Skeptizismus“ spricht Landauer als weitere Möglichkeiten an, sich um wirkliche Erkenntnis herumzudrücken. Vgl. Ders., Der werdende Mensch. Aufsätze über Leben und Schrifttum, Potsdam 1921, S. 208. [18] Rätekorrespondenz: Thesen über den Bolschewismus: <http://www.left-dis.nl/d/thbolsch.htm>

[15] Gustav Landauer; Heinz-Joachim Heydorn (Hg.), Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt a. Main 1967, S. 68.

[16] Ida aber das Sein eines Dinges durchaus keine Essenz, sondern eben das Streben ist, mit dem es sich gleichsam in seinem Streben erhält, ist ihm eine Tendenz zur Steigerung seiner Macht (durch die Selbstbezüglichkeit dieser Struktur) von vornherein eingeschrieben.



gerade durch diesen Rückgriff (auf Spinoza) als besonders aktualisierbar.^[3] Zur Vorgeschichte des Krieges gehört die Bosnische Annexionskrise. Am 5. Oktober 1908 hatte Österreich-Ungarn die seit dem Sommer 1878 besetzten Provinzen Bosnien und Herzegowina annektiert; im Verlauf der nun folgenden Krise sicherte der damalige Reichskanzler v. Bülow der Donaumonarchie am 29. März des folgenden Jahres die „Nibelungentreue“ des Deutschen Reiches zu. Nur knapp, schien es, war ein Krieg zum damaligen Zeitpunkt vermieden worden. Um ein Haar wären die Befehlsketten geschnurrt und hätten alles in Gang gebracht, die Bündnissysteme wären in Kraft getreten, der Weltkrieg entfesselt worden.

Drei Tage später, am 1. April, reagierte Landauer auf die Ereignisse mit einem Artikel im Sozialist; Entwarnung wollte er keine geben, im Gegenteil: „Jetzt war die Kriegsgefahr da und mag manchem wie ein Blitz grell beleuchtet haben: im Krieg und im sogenannten Frieden sind wir Verkaufte, sind wir mit Leib und Leben denen überantwortet, die gar nicht unserer Welt angehören, die mit unsern Taten Interessen wahren, die wir nicht wollen, Zwecke verfolgen, die nicht unsere Zwecke sind.“^[4] Der Vorschein der Eskalation, die so nahe die wirklichen Machtverhältnisse enthüllt hätte, sollte eine gellende Warnung sein, denn das nächste Mal mochte es weniger glimpflich abgehen.

Die Kriegervereine und chauvinistischen Verbände, die imperialistischen Begehrlichkeiten der „Weltpolitik“, die aggressive Flottenpolitik seit Ende der 90er Jahre, das Wettrüsten mit Russland und Großbritannien^[5], die Diplomatie der Drohung am Rande des Krieges und die Formierung der Staatenbündnisse um eine „Zentralisationsachse“^[6], alles dies war im Grunde nichts anderes als schon der Krieg in Latenz. Der Staatenkrieg bereitete sich vor; einmal würde er ausbrechen. Tat er es einstweilen nicht, so nur aufgrund eines prekären Gleichgewichts der Furcht.

Um den scheinbar unvermeidlichen Krieg dennoch abwenden und die brennende Zündschnur durchschneiden zu können, bevor der Funke das Dynamit erreicht, würde es nötig sein, zunächst die Machtverhältnisse zu verschieben und schon vorher die tatsächliche Fähigkeit zu einem derartigen Eingriff zu entwickeln, d. h. die Befehlskette an eben der Stelle zu zersetzen, wo sie die Massen – nicht mehr – berührt.

Bekämpfung der Weltflucht

Der Artikel Landauers hatte auch den Charakter einer Klärung, was den weiteren Zusammenhang seiner oft missverständlich, weil verkürzend, als „Siedlungssozialismus“ bezeichneten Bemühungen anbetraf. Einige Vorträge im Frühjahr 1908 hatten am 14. Juni zur Ausrufung des Sozialistischen Bundes geführt^[7], dessen Bestrebungen u. a. auf die Gründung sozialistischer „Inlandssiedlungen“ hielten, welche sich perspektivisch zu einem Netz ländlicher „Wirtschaftsgemeinden“^[8] verbinden und – insbesondere nach der Zerschlagung des „Großgrundeigentums“^[9] – zugleich als Keimzellen und Vorbilder neuer Kultur in die weitere Gesellschaft hineinwirken sollten.^[10] Ebenfalls in diesem Sinne, im Sinne also einer immanenten Verlagerung der „gemeinsame[n] Macht der Menge“^[11], arbeitete Landauer seit Anfang September 1908 an der Niederschrift des Aufruf zum Sozialismus.^[12] Seine nun vollends, aber seit 1911 sich verstärkende antimilitaristische und kriegsverhindernde, Agitation steht in engem Zusammenhang mit der weiteren, zur gleichen Zeit sich intensivierenden Arbeit des Sozialistischen Bundes und folgt der nämlichen Perspektive einer Neuverteilung kollektiver Handlungsmacht. Denn wie die Dinge standen, war die Menge der Vielen vorerst nicht in der Lage über ihr Leben, nicht einmal über Krieg und Frieden, selbst zu entscheiden.

Nun griff Landauer scharf den Ästhetizismus und die gepflegte Innerlichkeit eines Milieus an, dem er selbst nahe stand – von dem er sich jedoch grundlegend unterschied. Die geistige Entrückung allerer, die keinen besonderen Anteil an der wilhelminischen Gesellschaft nahmen und bereits „innerlich aus dem Staate, aus dem Reich der Gegensätze zwischen den Staaten ausgetreten“ (21) waren, lieferte sie tatsächlich und gerade deshalb der obersten Gewalt nur um so gründlicher aus. Sie lebten der Idee und ihren Träumen, in irgendeiner hübschen Zukunft, und dieses stolze, dieses ideelle Voraussein besiegelte ihre reale Ohnmacht, den Verlust noch des Sinns für die gerade gegebene Situation, in der allein sich wirken ließe, und die in ihr wirklich bestehenden Machtverhältnisse. Nur notgedrungen flüchtete man sich, „fast mit geschlossenen Augen, mit zusammengepressten Lippen“, durch die schmerzlich empfundene, von überall herandrängende Niedrigkeit und Rückständigkeit des Kaiserreichs. Man ging auf die Straße, nur um „in eine Ausstellung oder ein Theater oder ein Konzert zu kommen“, um sich „in den Dämmer oder das Gewoge der Schönheit zu zaubern; oder um mit einem Freunde gute Worte und Blicke zu tauschen; oder aber, um teilnahmslos, unter völ-



Libertäre von Rechts?

In der Bundesrepublik schien das Label „libertär“ lange Zeit als Eigenbezeichnung Anarchist*innen, Communist*innen und anderen emanzipatorischen Linken vorbehalten zu sein. Seit geraumer Zeit verwendet nun eine Strömung von Marktradikalen, die zum Teil der extremen Rechten zuzuordnen ist oder ihr nahe steht, ebenfalls das Label „libertär“.

★ von Lucius Teidelbaum

Ursprung und Herkunft der Rechtslibertären

Die rechtslibertäre Strömung ist in der Bundesrepublik noch relativ jung. In den USA ist sie als „Libertarianism“ („Libertarianismus“) schon sehr viel länger existent und auch stärker präsent. Die politische Kultur in den Vereinigten Staaten weist zum Teil andere Ausprägungen auf als die in der Bundesrepublik. In den Vereinigten Staaten sind beispielsweise mit dem Recht „freedom of speech“, d.h. es gibt keine Einschränkung der Redefreiheit, antiautoritäre Elemente stärker in der Gesetzgebung verankert. Allerdings sind diese Elemente nach dem 11. September durch diverse Erlasse und Gesetze (z.B. den „Patriots Act“) stark in Bedrängnis geraten. Auf alte Gesetze und Traditionen berufen sich die „Libertarians“ in den USA gerne. Daraus leiten sie u.a. das Recht ab Waffen tragen zu dürfen. Die dazu gehörige Verfassungsergänzung ist ein Relikt aus der bürgerlichen Revolution von 1776, in der sich die europäischstämmige Bevölkerung mit Waffengewalt gegen die britische Kolonialmacht auflehnte. Während eine Mehrheit der „Libertarians“ nur staatliche Regulationen ablehnt und auf die Kräfte des Marktes vertraut, sind eine Minderheit von ihnen tatsächlich Staatsgegner*innen. Die Mehrheit der Rechtslibertären, die einen Minimalstaat aufrecht erhalten will, nennt sich auch „Minarchisten“ und die antistaatlichen Rechtslibertären „Anarchokapitalist*innen“. Bei beiden Flügeln dieser Strömung wird aber ein starkes Eigentumsrecht des Individuums betont.

Rechtslibertäre gehen davon aus, dass eine Organisation der Gesellschaft nach dem Marktprinzip letztlich die stabilste Form der Gesellschaft mit dem größten Wohlstand für alle nach sich zieht. Motivation für ein rechtslibertäres Polit-Engagement dürfte häufig ein starker Wohlstandschauvinismus (Besitzstandswahrung) sein, also die Sorge um das Eigene, was angeblich Gefahr läuft dem Staat (über Steuern)

oder „den Linken“ in die Hände zu fallen. Die aus der Wirtschaft und der unterschiedlichen Eigentumsverteilung hervorgehenden Hierarchien werden von Rechtslibertären nicht kritisiert, sondern bejaht.

In den USA engagieren sich viele Rechtslibertäre in der „Libertarian Party“, der drittstärksten Partei hinter den Demokraten und Republikanern. Allerdings handelt es sich gegenüber den beiden etablierten Parteien nur um eine kleine Partei. Andere Rechtslibertäre sind bei den Republikanern aktiv. Dort ist ihr prominentester Vertreter der Rechtspopulist Ron Paul, der bei der US-Präsidentschaftswahl 1988 auch Kandidat der „Libertarian Party“ war. Paul ist Abgeordneter im Repräsentantenhaus für den 14. texanischen Wahlkreis. Inhaltlich ist er für das Recht Waffen zu tragen, für eine striktere Migrationspolitik und lehnt nationale Regelungen zugunsten der gleichgeschlechtlichen Ehe ab. Er ist aber auch gegen den Irakkrieg, gegen den „Patriot Act“ und gegen „War on Drugs“, also den Krieg gegen die Drogen, der u.a. zur Unterstützung von militärischen Unternehmungen in Kolumbien führte. Viele US-Rechtslibertäre sind auch in der heterogenen Tea-Party-Bewegung aktiv, die u.a. Obamas Versuche eine staatliche Krankenversicherung („Obamacare“) einzuführen als „Sozialismus“ bekämpft.

Rechtslibertäre in der Bundesrepublik

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten existieren in Deutschland traditionell kaum libertäre Elemente in der politischen Kultur des Bürgertums. Deutschland war bei seiner Begründung 1871 eine autoritär-militaristische Monarchie, in der sich Adel und Großbürgertum die Macht teilten und Arbeiter*innen-Bewegung und Katholik*innen unterdrückten. In der Weimarer Republik herrschte ab 1930 ein autoritäres Präsidialregime unter Hindenburg, was in den nationalsozia-

[3] Was freilich nicht heißt, dass die Interventionen Landauers ohne die Kenntnis ihrer spinozistischen Prämissen unplausibel wären. Es geht aber darum, dieser Plausibilität auf den Grund zu gehen und derart aus der rückblickenden Plausibilität historisch spezifischer Interventionen ein gegenwartsbezogenes Anwendungswissen zu beziehen.

[4] Gustav Landauer, Rechenschaft, Berlin 1919, S. 19. Der zitierte Artikel „Der Krieg“ ist, anders als in diesem Sammelband indiziert, in der Ausgabe des Sozialist vom 1.4.1909 erschienen. Den genannten Band zitiere ich im Weiteren ungekennzeichnet im Text.

[5] Erst am 27. 3. 1908 war ein neues Flottengesetz verabschiedet worden.

[6] Junius [Rosa Luxemburg], Die Krise der Sozialdemokratie, Bern 1916, S. 24.

[7] Vgl. zusammenfassend die Einleitung von Siegbert Wolf in: Gustav Landauer; Siegbert Wolf (Hg.), Antipolitik. Ausgewählte Schriften Bd. 3.1, S. 13.

[8] Ebd. S. 126.

[9] Gustav Landauer, Beginnen. Aufsätze über Sozialismus, Köln 1924, S. 66.[12] Etwa Zbigniew Brzezinski

[10] Dies alles nachdem „Ein Weg zur Befreiung der Arbeiter-Klasse“ (1895), der eine höhere Arbeitsteiligkeit erlaubt hätte, vorläufig gescheitert war. Vgl. die durch Landauer verfasste Agitationsbroschüre unter: <http://wp.me/a2EcvP-5q> sowie rückblickend: Ders., Beginnen, S. 181.

[11] Baruch de Spinoza, Politischer Traktat, Kap. III, § 9. Ich zitiere die Werke Spinozas mit der übl. Kennzeichnung im Text: Politischer Traktat (TP), Ethik (E), Theologisch-politischer Traktat (TTP).

[12] Vgl. Gustav Landauer; Martin Buber (Hg.), Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen, Bd. 1, S. 206.



listischen „Führerstaat“ übergang. Viele der NS-Gesetze, etwa gegen Homosexualität, wurden nach 1945 auch in der konservativen Adenauer-Zeit beibehalten. Einmal ganz abgesehen von den personellen Kontinuitäten. Erst in den 1960er Jahren hielt ein freier Geist Einzug, besonders unter Jugendlichen. Von der politischen Tradition her war es somit schwieriger für rechtslibertäres Gedankengut Resonanz in der Bevölkerung zu finden. Eine starke Bezugnahme auf die Symbolik der US-Rechtslibertären dürfte ebenfalls hinderlich wirken. Häufig wird die Freiheitsstatue oder Symbolik wie die Miliz-Fahne von 1776 mit einer Klapperschlange und den Worten „Don't tread on me“ (etwa: „Tritt mir nicht zu nahe“) verwendet.

Bis heute handelt es sich bei den deutschen Rechtslibertären um ein relativ kleines politisches Milieu, was aber zu wachsen scheint. Die deutschen Rechtslibertären gruppieren sich vor allem um das Monatsmagazin „eigentümlich frei“ (ef) mit Sitz in Grevenbroich herum. Ef existiert seit 1998 und soll über eine Auflage von 4.000 Heften verfügen. Herausgeber von ef ist Andre F. Lichtschlag. Lichtschlag war u.a. bereits Mitglied der „Jungen Union“ und Kreisvorsitzender der „Jungen Liberalen“ im Kreis Neuss. Als Autor verfasste er Beiträge für die neurechten Blätter „Sezession“, „Criticon“ und „Junge Freiheit“. Die Autor*innen genau dieser Blätter schreiben wiederum bei ef. Durch diese Überschneidungen und Kontakte kann die ef der „Neuen Rechten“ zugerechnet werden, wo sie eine Art rechtslibertären Flügel darstellen. Dem Selbstverständnis nach ist ef „libertär“ und „anarchokapitalistisch“, teilweise scheint sie auch freiwirtschaftlich orientiert zu sein. Vor allem aber ist „eigentümlich frei“ ein „marktfundamentalistisches Kampfblatt“. Politisch ist eine gewisse Nähe zur AfD und FDP festzustellen, mit Sympathie wird aber auch immer wieder über die rechtspopulistischen Parteien SVP (Schweiz) und FPÖ (Österreich) berichtet. Das Magazin existiert nicht nur als Blatt, seinem Umfeld waren zeitweise bis zu 19 der ef nahe stehende „Libertäre Stammtische“ zuzurechnen.

Neben „eigentümlich frei“ verfügen die Rechtslibertären in der Bundesrepublik über zwei eigene Parteien. Das ist einmal die im Mai

2009 gegründete „Partei der Vernunft“ (pdv), die in einem Flyer u.a. verkündete: „Die pdv ist die einzige Partei in Deutschland, die sich der Besteuerungswut und der Klimapropaganda entgegenstellt.“ Erst am 28. Juni diesen Jahres wurde dagegen die „German Libertarian Party – die Libertären“ gegründet, die sich stark am „Kongress Nowej Prawicy“ (KNP, „Kongress der neuen Rechten“) zu orientieren scheint. Der rechtslibertäre KNP errang in Polen bei

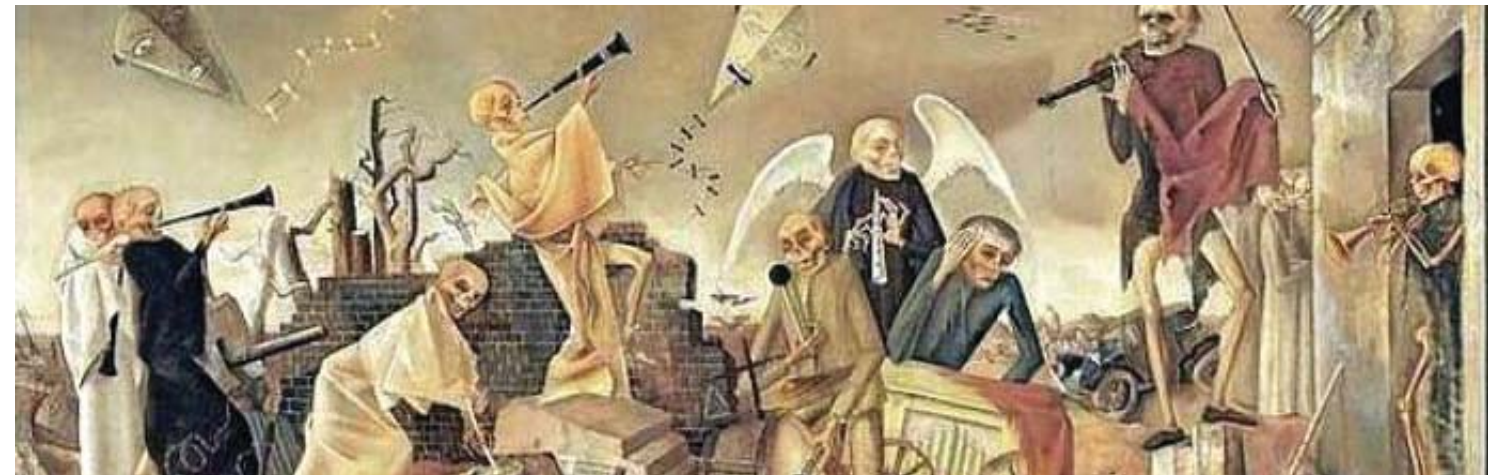
der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 7,15% der Stimmen und damit vier Mandate. Sein Vorsitzender Janusz Korwin-Mikke machte u.a. mit der Forderung nach der Abschaffung des Wahlrechts für Frauen auf sich aufmerksam. Darüber hinaus existieren sowohl in der FDP eine „Libertäre Plattform“, als auch eine „Libertäre Plattform in der AfD“.

Im Gegensatz zu den „Libertarians“ der USA scheint sich das Credo der deutschen Rechtslibertären insgesamt auf ‚weniger Staat aber mehr Markt‘ zu beschränken. Eine komplette Staats-Ablehnung ist bei ihnen kaum zu finden. Ob die deutschen Rechtslibertären auf absehbare Zeit einen größeren Einfluss über ihr eigenes Milieu hinaus entfalten können, ist unklar. Ihre derzeitige Ohnmacht scheinen sie über eine Anlehnung an die „Neue Rechte“ zu kompensieren, was besonders bei der ef auffällt. Die deutschen Rechtslibertären gehen immer wieder Bündnisse und Kooperationen mit diesem Teil der staatsfixierten extremen Rechten in Deutschland ein, was auch zeigt wie es um ihre Staatskritik bestellt ist. Agitiert wird dabei zusammen gegen einen vermeintlich von Linken beherrschten Staat und die Europäische Union, die sie als „sozialistisch“ brandmarken. Mit „links“ ist dabei inklusive der Unionsparteien der gesamte bürgerliche Mainstream gemeint. Als „sozialistisch“ wird dabei jede Form von staatlichen Eingriffen bezeichnet. Aus diesem Gedanken heraus, wird der Nationalsozialismus auch als „Sozialismus“ definiert. Aufkleber der „Libertären Aktion“ fordern „Roten und braunen Sozialismus ablehnen!“. Im Bezug auf die EU ist häufig die Rede von einer „EudSSR“, außerdem wird über einen „Steuersozialismus“ geschimpft.

Wie libertär sind die Rechtslibertären?

Ist das Label „libertär“ nur eine clevere Tarnung für rechte Kapitalist*innen? Nein, sie scheint durchaus ernst gemeint. Trotzdem ist mit „libertär“ in diesem Fall nicht die generelle Ablehnung von Hierarchien gemeint. „Libertär“ ist eher die Übersetzung des US-Amerikanischen „Libertarian“. Diese politische Strömung lehnt zwar den Staat weitgehend ab, weist aber keine grundsätzliche Kritik an Hierarchien auf.

Eine Betrachtung der Rechtslibertären zeigt, dass es in den USA unter ihnen sogar Staatsgegner*innen gibt. Es stellt sich nun die Frage wie Anarchist*innen mit dieser Strömung umgehen sollen. Wenig fruchtbar dürfte es sein, den Rechtslibertären nur die Legitimation der Selbstbezeichnung „libertär“ abzusprechen. Das erinnert an die Streitereien in Musik-Subkulturen ob die oder jene Band noch „real“ sei. Statt um Label, sollte es um Inhalte gehen. Viel sinnvoller erscheint es daher, die Unterschiede zu betonen. Rechtslibertäre Konzepte laufen in der Konsequenz auf darwinistische Modelle vom „Recht des Stärkeren“ hinaus. Hier findet sich auch ein wichtiger Unterschied zwischen Rechtslibertären und den traditionellen Rechten. Während die übrige Rechte ihren Darwinismus auf konstruierte Kollektive („Volk“, „Religion“, „Rasse“) überträgt und z.B. Einheit der „Volksgemeinschaft“ predigt, wird bei den Rechtslibertären der Darwinismus auch auf die „eigene“ Gruppe angewendet. Hier konkurrieren die Individuen miteinander. Deswegen ist der völkische Nationalismus bei den deutschen Rechtslibertären weniger stark ausgeprägt, sie neigen eher zu einem Kosten-Nutzen-Rassismus, d.h.



Gustav Landauers Stellung zum Weltkrieg

Aus seinen Publikationen und Korrespondenzen. Vor dem Krieg, im „sogenannten Frieden“ (Teil 1.1)

Den Weltkrieg vorherzusehen, den das Deutsche Kaiserreich im Sommer 1914 entfesselte und der die Staatsnation erstmals zur „Volksgemeinschaft“ zusammenschweißen sollte, war seinerzeit keine große Kunst. Seit Mitte der 90er Jahre steuerte das Reich mit gesteigertem Tempo auf ihn zu, und vielfach war die Frage nur noch wann, nicht ob er ausbrechen würde.

★ von Jan Rolletschek

Landauer erahnte das ungeheure Ausmaß dieses Krieges. Er hatte auch keinen Grund, sich weder über die Kriegsbereitschaft der SPD zu verwundern, noch über die Revolution an seinem Ende oder über ihr Scheitern. All das stand ihm lange zuvor deutlich drohend vor Augen. Wie er sich angesichts dieser Drohungen, wie er sich während des Krieges und bei dessen Zusammenbrechen verhielt, seine Analyse und was er tat, um diesen Krieg dennoch abzuwenden, soll anhand seiner Publikationen und Korrespondenzen rekonstruiert werden. Dies ist der erste von drei Teilen eines Artikels, der in den kommenden Ausgaben der Gai Dào fortgesetzt wird.

„Von einem Gemeinwesen, dessen Untertanen nicht zu den Waffen greifen, weil sie durch Furcht eingeschüchtert sind, lässt sich eher sagen, dass es ohne Krieg ist, als dass es sich in einem Zustand des Friedens befindet.“ (Spinoza)

Macht und Mächte

Dass der Erste Weltkrieg mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand begann, ist eine willkürliche Meinung. Die nähere Konstellation, in der das Attentat derart wirksam werden und am 1. August 1914 zur Kriegserklärung gegen Russland führen konnte, hatte sich über einen langen Zeitraum aufgebaut. Auch die

antimilitaristische Agitation Gustav Landauers setzte nicht erst mit Kriegsbeginn ein. Es lässt sich sogar sagen, dass sie durch Attentat, Julikrise und Kriegsausbruch überhaupt keine tiefgehende Veränderung erfuhr. Dafür war sein Standpunkt zu gut begründet. Zugleich jedoch reagierte Landauer sehr sensibel auf eine je besondere Situation und passte sich ihr in seinen Bemühungen an. So lassen sich zwischen 1909 und 1919 verschiedene Perioden unterscheiden, während derer ihm die eine oder andere Einwirkung möglich und vordringlich erschien. Seine spezifischen Interventionen als einer jeweiligen Lage entsprechende Modulationen grundlegender Orientierungen und so zugleich diese selbst hervortreten zu lassen, ist das nähere Ziel dieses Artikels.^[1]

Insbesondere drei konstanten Charakteristika der Äußerungen Landauers möchte ich dabei nachspüren: 1.) seinem Insistieren auf individueller Handlungsmacht, 2.) seinem Begriff kollektiver Individualität und schließlich 3.) seiner Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Machtverhältnisse. Durch die Fokussierung dieser Themen, die mit Landauers Stellungnahmen zu Krieg und Kriegsgefahr intim verbunden sind, enthüllt sich – woraus er selbst nie einen Hehl gemacht hat – sein Anarchismus zugleich als ein umfassender Spinozismus^[2], in dessen Licht ersterer erst recht verständlich wird, und erweist sich

[1] Der Artikel basiert auf einem am 5. September in der Bibliothek der Freien im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin gehaltenen Vortrag.

[2] Wenn Landauer, der 1910 an Ludwig Berndt schreibt, dass „das Wichtigste“, was dem philosophischen Erstling Skepsis und Mystik (1903) unterliegt, bei Spinoza zu finden sei, und der sich 1911 in seiner Zurückweisung des Marxismus als „wirklicher Materialist (...) aus der Schule Spinozas“ zu erkennen gibt, noch selten als Spinozist erkannt worden ist, so wohl nur deshalb, weil Spinoza selten gekannt wird. Vgl. einführend Hanna Delf (1997), „In die größte Nähe zu Spinozas Ethik“. Zu Gustav Landauers Spinoza-Lektüre, in: Dies.; Gert Mattenklott (Hg.), Gustav Landauer im Gespräch. Symposium zum 125. Geburtstag, Tübingen, S. 69-90.[3] Schöner kompakter Artikel zur Entwicklung des Totalitarismusbegriffs (wenn auch vom „Staat“): <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33606/totalitarismusbegriff-im-wandel?p=all>

riotwear, music & more
GRANDIOSO VERSAND

Über 200 Motive auf FairTrade-Shirts, Jacken, Hoodies, Longsleeves, Patches & Buttons... Dazu viele Bücher, Zines, Zeitschriften, LPs, CDs, Tapes, Video, Aufkleber, Taschen, Rucksäcke, Streetwear und vieles mehr.

grandioso-versand.de



Kunstkritikers Herbert Read, in Anwesenheit der Regisseure gezeigt, sowie ein gemeinsamer Pubabend mit einem offenen Mikrofon für Kleinkunst organisiert.

Auch wenn es dabei sicherlich nicht ganz nüchtern zuing, bleibt eine Ernüchterung nach der Konferenz zurück. Anarchismusforschung ist weitgehend ein Karrierehemmnis im wissenschaftlichen Kontext und die wenigen Festangestellten, die sich intensiver jenem Themenkomplex widmen, stehen meist auf verlorenen Posten in ihren jeweiligen Fakultäten. Dementsprechend ist die Anarchismusforschung häufig den unabhängig und nicht eingebundenen Forschern überlassen. Der Versuch einer Vernetzung dieser ist bislang gescheitert, nachdem es auf der vorherigen Konferenz im Jahre 2012 große Pläne hierfür gab.

Bedarf und Interesse an einer vierten internationalen Konferenz des Anarchist Studies Network besteht auf jeden Fall – und wird voraussichtlich dann auch wieder – nicht zuletzt wegen der dort bereit stehenden Infrastruktur – in Loughborough stattfinden. Ein Teil der Konferenzbeiträge der 3. ist auch online auf der Seite des Anarchist Studies Network bereitgestellt worden.

MEHR INFOS

◆ Anarchist Studies Network
Web: <http://anarchist-studies-network.org.uk>

Anarcho-Poetry: Warum Anarchie?

★ von Ralf Burnicki

Weil die Tage im Kapitalismus verbrennen und kein Wasser die Flammen löscht. Weil sein Licht überall ist und auf den Körper geklebt jeden Zentimeter des Lebens erniedrigt. Weil den Nächten die Worte fehlen und der Schlaf der Vorbote der Arbeit ist. Weil das Klingeln des Weckers den Morgen erbricht, und weil die sinnloseste Fortsetzung der Übelkeit die Betriebe sind. Weil die Jahre zur Arbeitszeit verkommen. Weil die Hoffnung den Kredit abzahlen muss.

Weil die Mittage von den Chefetagen herunterfallen wie Steine. Weil die Steine nicht zurückfliegen dürfen. Weil Betroffene kein Rückgaberecht besitzen. Weil die Entscheidungen von oben kommen. Weil es Gewinner und Verlierer gibt. Weil das alles so bleiben soll. Weil die Geschichte mit dem Zeigefinger nach unten zeigt. Und irgendwer die Angst vor der Freiheit erfand.

Weil die Sonne auf dem Dienstweg daher kommt und die Nachmittage Verzichtserklärungen gleichen. Weil der Staat das Ende aller Revolutionen festschreibt. Weil das Leben eine Landschaft ist für die Dienstwagen der Regierungen. Und Wahlen nur Rastplätze sind, auf denen Parteien Stimmungen Gassi führen. Weil die Medien den Alltag an der Leine halten. Weil die Zukunft eine Veranstaltung von Parteizentralen ist. Während die Konzerne Rastplätze bauen und Verzichtserklärungen verteilen.

Weil uns die Arbeit ermüdet. Und kein Atem bleibt für die Frage nach Freiheit. Weil die Abende kurz sind und jeder Tag uns ins Feuer stößt. Weil sich das alles ändern kann. Weil Hierarchien keine Ideen sind und Macht keine Antwort. Weil Rastplätze kein Ersatz für Landschaften sind. Weil in Zukunft jede und jeder mitreden soll. Weil der Tag allen Menschen gleichermaßen gehört. Weil wir Fragen in die eigenen Hände nehmen können. Weil wir neue Sätze schaffen. Weil wir keine Verzichtserklärung unterschreiben.

(aus dem Band: Ralf Burnicki & Findus: Hoch lebe sie – die Anarchie!
Anarcho-Poetry; Edition AV 2014)

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft



„Die GWR wird auch von 40 Jahren Idealismus getragen, der über Generationen reicht. Der Luxus, sich eine gewisse Sturheit in der politischen Haltung leisten zu können, macht gleichzeitig auch ihre Stärke aus. Auf die nächsten 40 Jahre.“
(Neues Deutschland, 08./09.09.2012)

Probeheft kostenlos. Abo (10 Ausg.): 30 Euro
Bei: GWR-Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100
Freiburg, Tel.: 0761-2160940-7, Fax: -79, abo@graswurzel.net. Bestellformular unter:
www.graswurzel.net/service/

GWR Nr. 392, Okt.: Schwerpunkt: Antimilitarismus, Ukraine/Russland; 100 Jahre 1. Weltkrieg; Interview: 25 Jahre Unrast; Recht auf Stadt; Anarchismus; Gewaltfreiheit & Revolution; Limesse; Hair; Kommune-Bewegung; ...

z.B. zur Ausrichtung der Einwanderung an ökonomischen Kriterien. Kapitalismus, aber auch das Patriarchat, werden von Rechtslibertären nicht in Frage gestellt.

Auch das die Freiheit von Individuen nur so weit reichen darf, wie sie die Freiheit anderer Individuen nicht beeinträchtigt, wird von ihnen kaum mitbedacht. Beispielsweise führt liberaleres Waffenrecht zu mehr Hierarchien, denn ein Waffen-Besitzer ist gegenüber einer unbewaffneten Person in der Hierarchie der Gewalt höherstehend.

Zwischen den marktradikalen Rechtslibertären und den antikapitalistischen Linkslibertären gibt es kaum Berührungspunkte, wenn einmal von einem gewissen Bezug auf Proudhon und Stirner abgesehen wird. Trotzdem gibt es im Bereich der Staatskritik eine gewisse Konkurrenz-Situation. Hier müssen die Anarcho-Libertären bessere Konzepte als die Rechtslibertären anbieten. Anarchismus sollte mehr als nur gegen den Staat sein. Denn die Ablehnung des Staates ohne eine solidarische Ersatz-Struktur für seine soziale Aufgaben, führt zur absoluten Konkurrenz von jeder gegen jeden in allen Bereichen.

PINNWAND

Nachrichten in aller Kürze

Berlin
Etwa 1000 Menschen demonstrierten am 27. September gegen Zwangsräumungen und in Solidarität mit den Kämpfen der Geflüchteten durch Berlin. Aufgrufen hatte das Bündnis „United Neighbours“.

Berlin
Am 07.09.14 hat ein Zusammenschluss aus diversen anarchistischen Gruppen, Projekten und Einzelpersonen einen Umsonstflohmarkt auf dem Neuköllner Rahseparplatz (alias Richardplatz) durchgeführt. Mehrere hundert Menschen nutzten den Sonntag nachmittag, um Gebrauchsgegenstände und Kleidung umsonst zu erhalten, zu tauschen, oder selbst zu verschenken. Aufgrund vielerlei positivem Feedback soll eine Wiederholung – wahrscheinlich am 12.10, am selben Ort stattfinden.

Berlin
Über 1500 Menschen demonstrierten, störten, blockierten den sogenannten „Marsch für das Leben“ am 20. September in Berlin, der über 5000 selbsterklärte LebensschützerInnen, AbtreibungsgegnerInnen, aber auch Vertreter der extremen Rechten umfasste.

Berlin
Am 5. September 2014 ist in Berlin der anarchistische Verleger Bernd Kramer im Alter von 74 Jahren gestorben. Bernd Kramer, am 22. Januar 1940 in Remscheid geboren, war acht Jahre Schriftsetzer und Buchdrucker, bevor er in Berlin 1967 Mitherausgeber der ersten anarchistischen Underground-Zeitung linkeck wurde. Zusammen mit seiner (im März 2014 verstorbenen) Frau Karin hatte Bernd Kramer seit Anfang der 1970er Jahre den Karin Kramer Verlag in Berlin-Neukölln betrieben, der für viele seiner Leserinnen und Leser zum Synonym für anarchistische Literatur werden sollte. Über vier Jahrzehnte haben Bernd und Karin mit ihren Buchveröffentlichungen maßgeblich dazu beigetragen, dass auch im deutschen Sprachraum neu und vermehrt über Anarchie und Anarchismus nachgedacht und diskutiert wurde.



Die neue PKK: Wie eine Soziale Revolution in Kurdistan in Gang gesetzt wird

Während die Aussicht auf eine kurdische Unabhängigkeit immer realer wird, verwandelt sich die kurdische Arbeiter*innenpartei in eine radikaldemokratische Kraft.

★ von Rafael Taylor / Übersetzung: nigra

Ausgeschlossen von Verhandlungen und betrogen im Rahmen des Vertrags von Lausanne 1923, nachdem ihnen von den Alliierten des Ersten Weltkrieges während der Aufteilung des Osmanischen Reiches ein eigener Staat versprochen worden war, sind die Kurd*innen die größte staatenlose Minderheit der Welt. Aber heute bleiben, abgesehen von einem trotzigem Iran, immer weniger Hindernisse übrig, die ein formalrechtlich unabhängiges Kurdistan verhindern. Die Türkei und Israel haben ihre Unterstützung zugesagt, während die Hände Syriens und die des Irak durch die schnellen Fortschritte des Islamischen Staates (früher ISIS) gebunden sind.

Mit der kurdischen Flagge über allen offiziellen Gebäuden und den Peschmerga, die die Islamisten mit Unterstützung der lange überfälligen militärischen US-Hilfe unter Kontrolle halten, vereinigt sich Südkurdistan (Irak) mit seinen Genoss*innen in Westkurdistan (Syrien), das die zweite de facto autonome Region des neuen Kurdistan bildet. Sie haben schon damit begonnen ihr eigenes Öl zu exportieren und haben das an Öl reiche Kirkuk zurückerobert. Sie haben ihr eigenes, säkulares, gewähltes Parlament und eine pluralistische Gesellschaft. Sie haben bei der UN ihren Antrag auf Anerkennung als souveräner Staat eingereicht und es gibt nichts, was die irakische Regierung tun könnte – oder die USA ohne israelische Unterstützung tun würde, um das zu stoppen. Trotzdem ist der kurdische Kampf nicht annähernd nationalistisch geprägt. In den Bergen über Erbil, im alten Landesinneren Kurdistans, das sich über die Grenzen der Türkei, des Iran, Irak und Syriens windet, wurde eine Soziale Revolution geboren.

Die Theorie des Demokratischen Konföderalismus

Zur Jahrhundertwende, als der US-amerikanische Radikale Murray

Bookchin seinen Versuch aufgab, die heutige anarchistische Bewegung mit seiner Philosophie der Sozialen Ökologie wiederzubeleben, wurde der PKK-Gründer und Anführer Abdullah Öcalan in Kenia von türkischen Beamt*innen verhaftet und wegen Hochverrat zum Tode verurteilt. In den folgenden Jahren gewann der alte Anarchist in dem hartgesottenen Kämpfer einen unerwarteten Anhänger, dessen paramilitärische Organisation – die Arbeiter*innenpartei Kurdistans – in vielen Teilen der Welt als terroristische Organisation eingestuft ist, weil sie einen brutalen Krieg der nationalen Befreiung gegen die Türkei führt.

In seinen Jahren in Einzelhaft, in denen er die PKK von der Zelle aus leitete – seine Todesstrafe wurde in lebenslange Haft umgewandelt – eignete sich Öcalan eine Art des Libertären Sozialismus an, die so unbedeutend war, dass nur wenige Anarchist*innen je davon gehört haben: Bookchins Libertärer Kommunalismus. Öcalan veränderte und verfeinerte Bookchins Vision und benannte sie in „Demokratischen Konföderalismus“ um, mit der Folge, dass die Union der Gemeinschaften Kurdistans (Koma Civakên Kurdistan oder KCK), das territoriale Experiment der PKK, zu einer freien und direktdemokratischen Gesellschaft, für die meisten Anarchist*innen weitgehend ein Geheimnis blieb, ganz zu schweigen von der breiten Öffentlichkeit.

Auch wenn Öcalans Gesinnungswandel der Wendepunkt war, legte schon nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990er Jahren eine breitere Renaissance von libertär-linker und unabhängiger Literatur durch die Berge und von Hand zu Hand der breiten Masse. „[Sie] analysierten Bücher und Artikel von Philosoph*innen, Feminist*innen, (Neo-)Anarchist*innen, libertären Kommunist*innen, Kommunist*innen und Sozialen Ökolog*innen.



Foto: Duesterart

ich. Ich gewann ein Stück Selbstvertrauen zurück, denn ich stand das alles allein durch, ohne Begleitperson, denn ich begriff: Ich bin kein Opfer und werde es nie wieder sein!

Einige werden sich nun sicherlich fragen: „Sie hat das erlebt und steht dennoch nackt vor der Kamera? Wie kann sie das tun?“ Ganz einfach! Das Modeln und die Fotografie bedeuten mir sehr viel. Sie geben mir die Möglichkeit, mich selbst auszudrücken und mich so nach 9 Jahren im Spiegel zu betrachten und nicht nur Ekel zu spüren. Ich kann mich auf diese Weise immer weiter schätzen und lie-

ben lernen. Ich möchte anderen Mut machen mit meiner Geschichte und zeigen, dass es immer einen Weg raus gibt und man nie aufgeben soll. In jedem ruht mehr als genug Kraft, um alle Prüfungen zu meistern, die einem bevorstehen.

Ich möchte Missbrauch ein Gesicht geben. Wir sind nicht nur eine bloße Zahl eine Statistik mit einer großen Dunkelziffer. Wir sind mehr! Wir sind jede*r einzelne eine Person mit einer Vergangenheit und einer Zukunft! Ich trage es nun wie einen Button an meiner Brust. Das erste mal seit dem ich 15 war fühle ich mich wirklich frei und kann etwas inneren Frieden empfinden und ich fühle mich nicht mehr alleine. Tausende sind dort draußen an meiner Seite. Euch möchte ich erreichen und ein Stück Hoffnung geben, in dieser schweren Zeit. Aber auch euren Familien und Freunden denn auch ihr leben wurde verändert. Ja ich habe schlimmes erlebt und nun liegt es an mir es in etwas wunderbares zu verwandeln. Und somit schreibe ich euch hier und möchte euch Mut machen und zeigen es gibt einen weg da raus auch wenn er schwer ist!

Alles Liebe

Anarchy in the UK

Bericht von der 3. Internationalen Konferenz des ASNs

★ von Maurice Schuhmann

Kurz nach dem in England die Sicherheitsstufe mal wieder erhöht wurde, fand an der Universität Loughborough in der Zeit vom 3. bis 5. September die 3. Internationale Konferenz des Anarchist Studies Network statt. Loughborough als Veranstaltungsort liegt hierfür ohnehin auf der Hand, da hier auch die von Ruth Kinna publizierte Fachzeitschrift Anarchist Studies ansässig ist, und neben ihr mit Uri Gordon und David Berry zwei bekannte Anarchismusforscher als Dozenten tätig ist.

Ca. 100 Teilnehmer*innen – darunter besonders viele Doktorand*innen – versammelten sich auf jenem Campus, um sich in Panels wie „Anarchism and religion“, „Anarchism and the history of ideas“ oder „Anarchism and critical management studies“ intensiv zu diskutieren. Ein Großteil kam von der Insel, aber es gab auch Teilnehmer*innen aus Kanada, den USA und aus anderen europäischen Staaten. Besonders großer Beliebtheit erfreuten sich die Theorien Gustav Landauers, dem sich gleich sechs Referent*innen widmeten, sowie Kropotkin, der eine regelmäßige Referenz darstellte – aber auch Max Stirner, der im englischsprachigen Raum vor allem durch

die Arbeiten von Saul Newman über Postanarchismus eine Renaissance erlebt. Sehr positiv erschien mir der solidarische und kritische Umgang miteinander. Das Niveau der Beiträge war durchwachsen.

Dem Gegenstand entsprechend waren viele der Teilnehmenden gleichzeitig Aktivist*innen, so dass auch die Brücke zwischen Wissenschaft und Subkultur („Diy and cultures of resistance“, „Anarchism and Nonhuman Animal Liberation“) geschlagen wurde – nicht nur in entsprechenden Panels. Ein veganer Cateringservice sorgte u.a. für das leibliche Wohl. Allerdings war der Anteil von Genossinnen sehr gering, was auch auf dem Abschlussplenum als ein kritischer Aspekt selbstkritisch angesprochen wurde. Die Anarchismusforschung ist immer noch weitgehend eine weiße, männliche Domäne. Ebenso ist es das klassische Problem der Anarchismusforschung, dass sie weitgehend die Domäne von Anarchist*innen ist, so dass gelegentlich eine kritische Distanz zum Forschungsgegenstand fehlt.

Als Rahmenprogramm wurde der Film „To Hell with Culture“, eine Dokumentation über das Denken des britischen Anarchisten und



Ich war erst 15...

„Ich bin mit der Bildidee zu Duesterart gegangen, welcher erst mal skeptisch war, es hätte ja auch gut nach hinten losgehen können. Aber es kam ganz anders als ich dachte. Ich habe Zuschriften bekommen wie noch nie in meinem Leben. Menschen haben mir ihre Geschichte erzählt, mich ermutigt oder ihren Respekt erwiesen. Ich stand in den Tagen mehrfach mit Tränen in den Augen da und war überwältigt. Das hat mir gezeigt, dass ich mich da noch viel mehr öffentlich machen möchte.“

★ von Rouge van T

Hinweis der Redaktion: Der folgende Text handelt u.a. von sexualisierter Gewalt und dem Umgang der Verfasserin mit den Folgen.



Foto: Duesterart

Ich habe lange hin und her überlegt, wie ich am besten ausdrücken kann, was mich die letzten Tage beschäftigt. Seit einer Weile beobachte ich meine Seite und die Menschen hier und die Art ihrer Reaktion auf meine Bilder, was sie denken und was eben jene Bilder in ihnen hervorrufen. Mir geht es nicht um nackte Tatsachen allein, mich bewegen gewisse Gründe. Um welche Gründe es sich handelt werdet ihr nun lesen können.

Ich war nicht immer so wie heute. Als ich in die Pubertät kam, war ich alles andere als eine Schönheit. Ich hatte extrem viele Pickel und diverse andere Makel und mein Selbstbewusstsein litt stark darunter. Aufgrund dessen wurde ich in meiner Schulzeit immer gemobbt und gehänselt. Ich wurde von allen ausgeschlossen und war im Grunde immer allein. Egal was ich tat, alles wurde scharf kritisiert und jeder gab mir nichts außer einer stetigen Unsicherheit bezüglich meiner Fähigkeiten und meines Auftretens. Bis heute kämpfe ich mit den Zweifeln. Oft denke ich: „Was wäre, wenn ich eine zierlichere Nase hätte?“ oder „Warum kann ich keine porenreine Haut haben?“ An manchen Tagen gewinnen die Zweifel und ich verkrieche mich wieder in meinem Schneckenhaus. Ich habe meinen Körper lange Zeit verachtet und gehasst und erst ein bestimmter Vorfall, welcher mich erst stark niederriss, rief eine Wende in mir hervor.

Als ich 15 Jahre alt war, wurde ich von einem „Freund“ missbraucht. In dem Moment, als es passierte, wusste ich nicht was geschah, doch danach begriff ich: Er zerstörte meine Welt und ließ mich, nicht wissend wie es weitergeht, da liegen.

Zu dieser Zeit war ich ein eher rebellierender Teenager, der mit niemandem sprach. Weder mit meinen Eltern, noch mit irgendwem sonst. Damals hatte ich nur einen Partner, dem ich mich als einzigem anvertraute und als ich ihm davon erzählte, bekam ich die mir bekannte und immer schmerzliche Reaktion zu spüren. Er bezeichnete mich als Lügnerin und verließ mich. Dies traf mich sehr hart und ich entschied mich, mich dem Schweigen hinzugeben. Ein ganzes Jahr lang schwieg ich und stürzte innerlich immer weiter, ohne Chance auf Halt oder eine helfende Hand.

Nach diesem Jahr des Schweigens kam ich aus anderen Gründen in Therapie und spürte, wie ich die Chance bekam mich zu öffnen ohne negative Reaktionen. Und ich nutzte diese Möglichkeit, doch leider waren meine Wunden zu tief als dass es jemals hätte reichen können. Doch etwas änderte sich. Ich bekam den Mut, den ich brauchte, um mein Schweigen zu beenden. Nach Jahren der Therapie entschied ich mich ihn anzuzeigen. Dieser Mann hat mir etwas genommen, wozu er kein Recht hatte und ich war endlich bereit, Gerechtigkeit einzufordern. Ich habe 8 Stunden vor Gericht aussagen müssen und stand 15 Verhandlungstage voller Pein und Scham durch. Als das Urteil verkündet wurde, stand ich allein in diesem Raum, schaute in sein Gesicht und wusste, dass das was ich tat richtig war. Ich verlor den Prozess, doch innerlich gewann

So kamen Autor*innen wie Murray Bookchin [und andere] in ihren Fokus,“ erzählt uns der Aktivist Ercan Ayboga. Öcalan begann in seinen Gefängnisschriften mit einer sorgfältigen Überprüfung und Selbstkritik der schrecklichen Gewalt, des Dogmatismus, des Personenkultes und des Autoritarismus, die er gefördert hatte: „Es ist klar geworden, dass unsere Theorie, unser Programm und unsere Praxis der 1970er nichts als nutzlosen Separatismus und nutzlose Gewalt produzierte und, was noch viel schlimmer ist, dass der Nationalismus, den wir eigentlich hätten ablehnen sollen, uns alle befallen hat. Auch wenn wir ihn prinzipiell und rhetorisch ablehnten, akzeptierten wir ihn als unumgänglich.“ Früher der unhinterfragte Führer, schlussfolgerte Öcalan jetzt, dass „Dogmatismus genährt wird von abstrakten Wahrheiten, die zu gewohnheitsmäßigen Denkweisen werden. Sobald du solche generellen Wahrheiten in Worte packst, fühlst du dich wie ein Hohepriester im Dienst deines Gottes. Das war der Fehler, den ich beging.“

Öcalan, ein Atheist, schrieb schließlich als ein Freigeist, unbeeindruckt von der marxistisch-leninistischen Mythologie. Er gab an, dass er nach einer „Alternative zum Kapitalismus“ und einem „Ersatz für das zusammengebrochene Model des ... ‚real existierenden Sozialismus‘“ suchte, als er auf Bookchin stieß. Seine Theorie des Demokratischen Konföderalismus entwickelte sich aus einer Kombination von Inspirationen durch kommunalistische Intellektuelle, Bewegungen wie die der Zapatistas und anderer historischer Faktoren des Kampfes in Nordkurdisten (Türkei). Öcalan bezeichnete sich selbst als einen Studenten Bookchins und nach einem gescheiterten E-Mail-Schriftwechsel mit dem alten Theoretiker, der zu seinem großen Bedauern zu krank für einen Austausch auf seinem Sterbebett im Jahr 2004 war, feierte ihn die PKK anlässlich seines Todes zwei Jahre später als einen der größten Sozialwissenschaftler*innen des 20. Jahrhunderts.

Die Praxis des Demokratischen Konföderalismus

Die PKK selbst ist offensichtlich ihrem Anführer nicht nur in Bezug auf Bookchins spezielle Lesart des Öko-Anarchismus gefolgt, sondern hat aktiv die neue Philosophie in ihren Strategien und Taktiken verinnerlicht. Die Bewegung schwor ihrem blutigen Krieg für eine stalinistisch-maoistische Revolution ab sowie den Taktiken des Terrors, die dieser mit sich brachte und begann eine großangelegte gewaltfreie Strategie zu durchlaufen, die auf größere regionale Autonomie abzielte.

Nach Jahrzehnten des internen Verrats, gescheiterten Waffenruhen, willkürlichen Verhaftungen und erneuter Aufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen, erklärte die PKK am 25. April dieses Jahres einen sofortigen Rückzug ihrer Kräfte aus der Türkei und ihrer Stationierung im Nordirak, was effektiv ihren 30 Jahre alten Konflikt mit dem türkischen Staat beendete. Die türkische Regierung setzte gleichzeitig einen Prozess verfassungsmäßiger und rechtlicher Reformen in Gang, um die Menschen- und kulturellen Rechte der kurdischen Minderheit innerhalb der türkischen Grenzen zu gewährleisten. Dies kam als letzter Teil der lang erwarteten Verhandlungen zwischen Öcalan und dem türkischen Premierminister Erdoğan als

Teil des Friedensprozesses, der 2012 begann. Es hat seit einem Jahr keine Gewalt von Seiten der PKK gegeben und begründete Rufe nach einer Streichung der PKK von den Terrorlisten der Welt sind erklungen.

Dennoch bleibt die dunkle Geschichte der PKK an ihr haften – autoritäre Methoden, die nicht so richtig zu ihrer neuen libertären Rhetorik passen wollen. Geldbeschaffung durch Heroinhandel, Erpressung, Zwangswehrdienst und allgemein kriminelle Machenschaften wurden den Abteilungen der PKK wiederholt vorgeworfen oder zugeschrieben. Falls das der Wahrheit entsprechen sollte, kann es keine Entschuldigungen für diese Art des aggressiven Opportunismus geben, trotz der offensichtlichen Ironie, dass der völkermörderische türkische Staat selbst in nicht kleinem Maße von einem lukrativen Monopol auf den legalen Export von staatlich angebauten „medizinischen“ Opiaten in den Westen finanziert wurde und ermöglicht durch seine Wehrpflicht und Besteuerung für ein riesiges Antiterrorbudget und übergroße Armee Kräfte (die Türkei hat nach den USA die zweitgrößte Armee der NATO.).

Wie es der üblichen Heuchelei beim Krieg gegen den Terror entspricht, sind es immer die Nichtrepräsentierten, die als Terrorist*innen gebrandmarkt werden. Öcalan selbst beschreibt diese beschämende Periode als eine von „Banden innerhalb unserer Organisation und offenem Banditentum, die nutzlose, willkürliche Operationen arrangierten, um junge Menschen reihenweise in den Tod zu schicken“.

Anarchistische Strömungen im Kampf

Ein weiteres Zeichen dafür, dass sie ihre marxistisch-leninistische Wege verlässt, ist, dass die PKK kürzlich damit begonnen hat, dem Anarchismus weltweit deutliche Angebote zu machen. Sogar beim internationalen anarchistischen Treffen in St. Imier in der Schweiz 2012 veranstaltete sie einen Workshop, der zu Verwirrung, Betroffenheit und Onlinedebatten führte, aber von der breiteren anarchistischen Presse weitestgehend unbemerkt blieb. Janet Biehl, Bookchins Witwe, ist eine der wenigen westlichen Anarchist*innen, die die KCK vor Ort studiert. Sie hat ausführlich über ihre Erfahrungen auf der Website New Compass geschrieben und Interviews mit kurdischen Radikalen veröffentlicht, die am Alltagsgeschehen der demokratischen Versammlungen und der föderativen Strukturen beteiligt sind. Ebenso hat sie die erste anarchistische Studie in Buchlänge zum Thema übersetzt und veröffentlicht: Demokratische Autonomie in Nordkurdisten: Die Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie (2013).

Die einzige andere englischsprachige, anarchistische Stimme ist das Kurdische Anarchistische Forum (KAF), eine pazifistische Gruppe irakischer Kurd*innen, die in Europa leben und von sich behaupten, dass sie „keine Beziehungen zu anderen linken Gruppen haben“. Obwohl sie ein föderiertes Kurdistan unterstützen, erklärt das KAF, dass „wir die PKK nur unterstützen, wenn sie ihren bewaffneten Kampf ganz einstellen, sich für die Organisation von massenhaften Graswurzelbewegungen einsetzt, um die sozialen Forderungen der Bevölkerung zu erreichen, zentralisierte und hierarchische Methoden des





Kampfes anprangert und einstellt und sich stattdessen in föderierte, autonome Gruppen umwandelt, alle Beziehungen und Geschäfte mit den Staaten des Mittleren Ostens und des Westens beendet, charismatische Machtpolitik anprangert und sich der Antistaatlichkeit und dem Antiautoritarismus verschreibt – nur dann werden wir gerne voll und ganz mit ihr zusammenarbeiten“.

Bookchin wörtlich nehmen

Dieser Tag (vom Pazifismus mal abgesehen) könnte in erreichbarer Nähe sein. Die PKK/KCK scheint Bookchins Sozialer Ökologie wortgetreu zu folgen, mit nahezu jeder Einzelheit bis hin zu und einschließlich ihrer widersprüchlichen Teilnahme am Staatsapparat durch Wahlen, genau wie es in der Literatur vorgegeben ist. Wie Joost Jongerden und Ahmed Akkaya schreiben „unterscheidet Bookchin in seinem Werk zwischen zwei politischen Ideen, der griechischen und der römischen“, sprich: der direkten und der repräsentativen Demokratie. Bookchin sieht seine Form des Neo-Anarchismus als eine praktische Wiederbelebung der Athenischen Revolution des Altertums. Das „Athener Modell existiert als eine Gegen- und Untergrundströmung, die ihren Ausdruck in der Pariser Kommune von 1871, den Räten (Sowjets) in der Frühzeit der russischen Revolution von 1917 und der spanischen Revolution von 1936 findet“.

Bookchins Kommunalismus enthält einen fünfstufigen Herangehensweise:

1. Bestehenden Gemeinden durch Gesetze mehr Entscheidungsbefugnisse geben, um die Entscheidungsmacht vor Ort zu verankern.
2. Diese Gemeinden durch Graswurzelversammlungen demokratisieren.
3. Gemeinden „in regionalen Netzwerken und größeren Föderationen...“ zusammenfassen, „...um darauf hinzuarbeiten, die Nationalstaaten durch kommunale Föderationen zu ersetzen“, während sichergestellt wird, dass „höhere Ebenen der Föderation hauptsächlich koordinierende und verwaltungstechnische Funktionen haben“
4. „Fortschrittliche soziale Bewegungen vereinen“, um die Zivilgesellschaft zu stärken und „einen allgemeinen Brennpunkt für alle Bürgerinitiativen und Bewegungen“ zu etablieren: die Versammlungen. Diese Zusammenarbeit ist „nicht [...]“, weil wir erwarten, immer nur harmonischen Konsens zu sehen, sondern – im Gegenteil – weil wir an Meinungsverschiedenheit und Diskussionen glauben. Die Gesellschaft entwickelt sich durch Debatte und Konflikt.“ Zusätzlich sollen die Versammlungen säkular sein, „gegen religiöse Einflüsse auf die Politik und die Regierung kämpfen“ und eine „Arena für den Klassenkampf“ sein.
5. Um ihre Vision einer „klassenlosen Gesellschaft, basierend auf kollektiver politischer Kontrolle über die sozial wichtigen Produktionsmittel“ zu erreichen, ist die „Kommunalisierung der Wirtschaft“ und eine „föderale Verteilung der Ressourcen“ gefordert, „die das Gleichgewicht zwischen den Regionen sichern sollen.“ Dies entspricht, einfacher ausgedrückt, einer Kombination von Arbeiterselbstverwaltung und dezentraler Planwirtschaft,

um den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden: Das ist klassische anarchistische Ökonomie.

Wie es Eirik Eiglad, Bookchins früherer Herausgeber und KCK-Analyst, ausdrückt: Von besonderer Wichtigkeit ist die Notwendigkeit, die Erkenntnisse der feministischen und ökologischen Bewegungen mit denen der neuen urbanen Bewegungen und Bürgerinitiativen zu kombinieren, genauso wie die der Gewerkschaften und der lokalen Kooperativen und Kollektive [...] Wir glauben, dass die kommunalistische Idee einer auf Versammlungen basierenden Demokratie ihren Teil dazu beisteuern wird, diesen fortschrittlichen Austausch von Ideen auf einer beständigeren Basis mit mehr direkten politischen Konsequenzen zu ermöglichen. Der Kommunalismus ist allerdings nicht nur ein taktischer Weg, radikale Bewegungen zusammenzuführen. Unsere Forderung nach einer gemeindeorientierten Demokratie ist auch der Versuch, Vernunft und Ethik an die Spitze öffentlicher Diskussionen zu bringen.

Für Öcalan bedeutet Demokratische Konföderalismus eine „demokratische, ökologische, vom sozialen Geschlecht befreite Gesellschaft oder einfach „Demokratie ohne Staat“. Er stellt ausdrücklich die „kapitalistische Moderne“ der „demokratischen Moderne“ gegenüber, in der die früheren „drei Grundelemente Kapitalismus, Nationalstaat und Industrialismus“ durch eine „demokratische Nation, Gemeindegewirtschaft und ökologische Industrie“ ersetzt sind. Dies bedingt „drei Projekte: eines für die demokratische Republik, eines für den demokratischen Föderalismus und eines für die demokratische Autonomie.“

Das Konzept der „demokratischen Republik“ bezieht sich hauptsächlich darauf, die den Kurd*innen lange verweigerte Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte zu erlangen, einschließlich der Möglichkeit ihre eigene Sprache frei zu sprechen und zu unterrichten. Die demokratische Autonomie und der demokratische Föderalismus beziehen sich beide auf die „autonomen Fähigkeiten der Menschen, eine direktere, weniger auf Vertretung basierende Form der politischen Struktur“. Derweil merken Jongerden und Akkaya an, dass „das Modell des freien Munizipalismus darauf abzielt, eine von unten nach oben organisierte, auf Teilnahme basierende Verwaltung, von lokalen zu Bezirksebenen, zu realisieren. Das „Konzept des/der freien Bürger*in (ozgur yarttas) [ist] sein Ausgangspunkt“, welcher „grundlegende Bürger*innenrechte, wie z.B. die Redefreiheit und die Freiheit, sich zu organisieren, beinhaltet.“ Das Kernstück des Modells sind die Nachbarschaftsversammlungen bzw. die „Räte“, zwei Begriffe, die synonym verwendet werden.

An den Räten sind alle Bewohner*innen beteiligt, einschließlich nichtkurdischer Menschen, und während Nachbarschaftsversammlungen in verschiedenen Bezirken stark sind, „gibt es in Diyarbakir, der größten Stadt in Türkisch-Kurdistan, nahezu überall Versammlungen“. Anderswo, „in den Bezirken Hakkari und Sirnak [...] gibt es zwei parallele Autoritäten [die KCK und den Staat], von denen die demokratisch-konföderale Struktur in der Praxis stärker ist“. Die KCK in der Türkei „ist in den Ebenen Dorf (köy), städtische Nachbarschaft



rohe Verarmung ganzer Bevölkerungsteile Europas ein Beitrag für alle wäre.

Aus der Logik der Staatsverschuldungskrise folgt für einen Staat, wie eingangs dargestellt: Die Masse der Bevölkerung gehört verarmt, um den Kreditmärkten zu zeigen, dass der Gewinn wirklich das oberste Gebot im Laden ist – und was dafür nicht taugt, nichts zu gelten hat. Mit dieser Logik stellt sich Deutschland auf einen Gesamteuro-Standpunkt und teilt der Finanzwelt mit: „Im Euroraum passiert nichts, was nicht den Gewinnzwecken dient – das sollte Vertrauen in den Euro stärken.“ Die brutale zunehmende Armut in Europa dient hier richtiggehend als vertrauensstiftendes Signal.

...und was die Partner machen

Griechenland, Spanien, Portugal und auch Italien haben immer wieder versucht sich zu wehren, und in dem

Gerangel um politischen Kredit die eine oder andere Härte rauszunehmen. Sie sind dabei allzu oft an Deutschland gescheitert, weil die Verhandlungsposition eben nicht gleich ist, wenn die einen den Kredit unbedingt brauchen und der andere ihnen Kredit geben kann – aber nicht muss.

Sie haben sich durchgerungen, die Austeritätspolitik durchzuziehen, weil sie das gemäß ihres politischen Willens, den Kapitalismus als Grundlage der Nation zu pflegen, eh gemacht hätten – nur eben ohne unterstützenden Kredit. Es handelt sich um politische Parteien, die den Kapitalismus als nationalen Erfolgsweg wollen und wissen, dass sie dafür die staatliche Kreditwürdigkeit (wieder, weiter) brauchen. Die Verarmung der ihnen unterstellten Bevölkerung ist also nicht einfach nur von Außen aufgeherrscht. Sie wollen das.

Manchmal stellen sie es so dar, als wenn das ganze Ungemach nur von Deutschland käme und schüren so den Unmut in der Bevölkerung. Die würde ja vielleicht das eine oder andere mit sich machen lassen – so wie in Deutschland – aber nicht, wenn die Politik auch noch sagt, das diene nur dem deutschen Ausland. Rechte wie linke oppositionelle Parteien ziehen daraus ein wenig Erfolg für sich. Daher gehen die regierenden Parteien auch dazu über, selbstbewusster zu behaupten: „Diese Strukturanpassung kommt nicht einfach von außen, sondern ist unser ureigenstes nationales Interesse. Das ist alternativlos.“

Gut wäre es, wenn Leute aus diesem Kram den Schluss ziehen würden: Kapitalismus ist nichts für mich. Leider vertraut die Mehrheit entweder auf die bürgerliche Mitte und sehen ein, dass Austerität alternativlos sei; oder auf rechte Parteien, die ihnen weniger Abhängigkeit vom Ausland (und Ausländer*innen) versprechen und sonst nichts; oder auf linke sozialdemokratische Parteien, die versprechen, dass mit ihnen und mit kreditfinanzierter Staatstätigkeit nichts von dem nötig wäre, was die bürgerlichen Parteien machen – um dann einmal an der Macht, genau so ein Programm durchzuziehen, weil: alternativlos



„Strukturreformen im Arbeitsmarkt“ am Beispiel Athens (Foto: michaelfranz.eu)

lernt, lernen die Anderen nicht weniger. Wenn zehn Leute dagegen das Ziel haben, Geld zu verdienen, dann stiften sie damit ein Gegen-einander, also eine wirtschaftliche Konkurrenz. Dann können nicht alle reich werden, weil ein materieller Verteilungskampf herrscht, und jeder Euro in der Tasche des einen ein Verlust beim anderen ist. Und die Supermarktregale in Griechenland sind mit deutschen Produkten voll - so geht Konkurrenz.

Deutschland sagt, die Lösung sei „nicht mehr Geld“, sondern vor allem Strukturreformen im Arbeitsmarkt. Nun ist es einerseits sicherlich so, dass der Kapitalismus auf der Armut der Lohnabhängigen beruht. Und mit Armut ist nicht gemeint, dass niemand was zu Essen hat. Sondern: Das Kapital ist laufend auf Leute angewiesen, die keine andere Möglichkeit haben, ihr Leben zu gestalten, als die eigene Arbeitskraft gegen Lohn anzubieten. Erst diese Alternativlosigkeit schafft eine Masse von Leuten, die für einen niedrigen Lohn lange und intensiv arbeiten wollen (müssen), sodass die Unternehmen beim Verkauf der hergestellten Produkte einen Gewinn machen.

Andererseits ist selbst mit lauter armen Menschen, die zu einem Hungerlohn antreten würden, noch nichts in der internationalen Konkurrenz gewonnen. Schließlich vergleicht sich in der Konkurrenz der Unternehmen auch die Produktivkraft, also wie schnell ein Arbeiter was herstellen kann. Und hier sind weniger die Muskeln und das Geschick der Arbeiter gefragt, als vielmehr riesige Maschinenparks. Die kosten Geld, und erfolgreiche Unternehmen können sich mit ihrem Gewinn und ihrer Kreditwürdigkeit laufend diese immer besser werdenden Maschinen kaufen, die erfolglosen dagegen nicht. Also von wegen, es komme nicht aufs Geld an. Die Krisendiagnose der deutschen Politik kommt mit einer durch das deutsche Interesse verzerrten Sicht auf die Dinge zu Stande. Deutschland will kein oder wenig Geld in die Krisenbewältigung anderer Staaten stecken, weil es erstens seinen Erfolg für sich haben und sich sein erfolgreiches Ziel nicht einfach madig machen lassen will. Und zweitens weil es sich um seine besonders hohe Kreditwürdigkeit Sorgen macht. Nur auf dieser Grundlage kommt Deutschland zu dem Schluss, dass die



ge Nation sein sollte: Statt „mit dem Euro entwickeln“, war jetzt der Standpunkt „mit dem Euro die nationale Krise aufhalten“. Deutschland hat sinngemäß dagegen gehalten: „Ihr müsst selber klarkommen“. Deutschland will den Verlierern der Krise am liebsten gar keinen politischen Kredit einräumen, weil sie derzeit keinen Beitrag dazu leisten, die Weltmacht Deutschland mittels der EU noch weiter zu stärken.

Deutschland wollte nicht seinen guten Kredit aufs Spiel setzen, indem es schwächelnde Staaten unterstützt. Am Ende, so die deutsche Befürchtung, sagen die Finanzmärkte: „Auch bei Deutschland steht es nicht gut um das Verhältnis Staatsschulden zu wirtschaftlicher Aussicht.“ Beide Seiten haben ihre entgegengesetzten nationalen Interessen als Gemeinschaftsinteresse vorgetragen. Die südeuropäischen Staaten sagen: „Deutschland muss doch ein Interesse an der Rettung der kriselnden Euroländern haben, weil sie die (Mit-)Grundlage des Euros sind, den Deutschland als starke Währung will.“

Deutschland sagt: „Ihr müsst die Stabilität des Euros wollen, sonst nützt er euch nichts. Zudem: Ihr müsst ein Interesse daran haben, dass wenigstens Deutschland seine gute Kreditwürdigkeit behält, sonst geht der Euro kaputt und wer sollte euch dann noch unterstützen?“ An beiden Standpunkten ist was dran.

Auf dieser Grundlage gab und gibt es ein Gerangel um die Krisenlösung, mit bislang drei Etappen:

Etappe 1: Seit 2010 gibt es politischen Kredit, aber begrenzt. Das war engesondere „Rettungsschirme“ und seit 2012 den Europäischen Stabilitätsmechanismus – ESM. Im Gegenzug müssen sich die kreditnehmenden Länder einem Strukturanpassungsprogramm unterwerfen - Austerität.

Etappe 2: Es gibt politischen Kredit, begrenzt auf das Ziel, die Zinsen der Staatsverschuldung zu drücken. Dafür aber in relativ unbegrenztem Umfang. Diesen Standpunkt hat die europäische Zentralbank gegen den Willen Deutschlands im Jahr 2012 durchgezogen, als sie angefangen hat, Staatsverschuldungstitel aufzukaufen.

Etappe 3: Die südeuropäischen Staaten bekommen begrenzt Kredit,

die Austeritätspolitik sorgt aber für eine anhaltende Rezession mit Massenarbeitslosigkeit. Gefordert wird seit 2012 ein Marshallplan für Europa, also neuer massenhafter Kredit zur Wirtschaftsentwicklung statt Austeritätspolitik. Hier setzt sich aber eindeutig die ablehnende Haltung Deutschlands durch.

Was Deutschland von seinen Partnern verlangt

Deutschlands Diagnose ist, dass neuer Entwicklungskredit für die südeuropäischen Staaten würde nur ein Strohfeuer entfachen würde, aber nicht die grundsätzlichen Probleme angehe, deren Lösung dann ein nachhaltiges Wachstum schaffen würde. Diesen Staaten mangle es an „Wettbewerbsfähigkeit“, und Deutschland verweist auf sich als erfolgreiche Nation und auf die Agenda 2010, die das bewirkt habe. Zunächst ist unabhängig davon, ob diese Diagnose stimmt, erstmal festzuhalten: Die deutsche Politik brüstet sich mit erfolgreicher Verarmung der Massen hierzulande. Vor über 10 Jahren schaffte es die rot-grüne Regierung unter Schröder eine umfassende Lohnsenkung in Deutschland durchzusetzen. Das Resultat war ein großer neuer Niedriglohnsektor, dauerhaft unsichere Arbeitsverhältnisse für sehr viele, eine Rente, von der klar ist, dass im Alter viele heute Beschäftigte davon nicht werden leben können und daher auf Sozialhilfe angewiesen sein werden – wenn es die dann noch gibt. Das alles ist ein guter Grund, die deutsche Politik abzulehnen und zu fragen, in welcher seltsamen Ökonomie man hier eigentlich gelandet ist, wenn laufend alles schneller und besser hergestellt werden kann, aber diejenigen, die das herstellen, nichts davon haben.

Leider sehen das die Massen nicht so. Stattdessen freuen sie sich, dass es in Deutschland nicht so schlimm aussieht wie derzeit in Griechenland (nach dem Motto: besser ein Arm ab als beide) und sind stolz darauf, dass „ihre“ Nation stark ist.

Das Ziel „Wettbewerbsfähigkeit“ ist dabei merkwürdig. Deutschland sagt, dass es selbst wettbewerbsfähig sei, weil erfolgreich. Den anderen sagt es nach, dass sie es nicht sind, weil erfolglos. Jetzt sagt Deutschland diesen Ländern: „Werdet mal erfolgreich“ – als wenn die Politik in den diesen Staaten nicht genau das vorhätte. In der Konkurrenz gibt es notwendig auch Verlierer. Wenn zehn Leute beschließen eine Sprache zu lernen, dann kann das allen gelingen. Was der Eine



fordert, in einer Art Kombination von repräsentativer und direkter Demokratie. Dem föderalen Modell folgend schlägt sie die Etablierung von ungefähr 20 autonomen Regionen vor, die sich in Belangen von „Bildung, Gesundheit, Kultur, Landwirtschaft, Industrie, sozialen Einrichtungen und Sicherheit, Frauenfragen, Jugend und Sport“ direkt selbst regieren würden (auf anarchistische und nicht auf Schweizer Art) mit dem Staat, der weiterhin für „Außenpolitik, Finanzen und Verteidigung“ zuständig wäre.

Die Soziale Revolution beginnt

Vor Ort hat die Revolution mittlerweile schon begonnen. In Türkisch-Kurdistan gibt es eine unabhängige Bildungsbewegung mit „Akademien“, die Diskussionsforen und Seminare in Nachbarschaften organisieren. Da gibt es die Culture Street, wo Abdullah Demirbas, der Bürgermeister des Stadtteils Sur in Amed, die „Vielfalt der Religionen und Glaubenssysteme“ feiert. Er erklärt, dass „wir damit begonnen haben, eine Moschee, eine chaldäisch-aramäische katho-

lische Kirche, eine orthodoxe aramäische Kirche und eine jüdische Synagoge „zu restaurieren. An anderer Stelle berichten Jongerden und Akkaya, dass „DTP-Gemeinden einen ‚mehrsprachigen Gemein-deservice‘ initiierten, was erhitzte Debatten lostrat. Straßenschilder der Gemeinde sind in Kurdisch und Türkisch gehalten und örtliche Ladenbesitzer*innen folgten diesem Beispiel“. Die Befreiung der Frau wird von den Frauen selbst durch die Initiativen des Frauenrats des DTK vorangetrieben, indem sie Regeln wie eine 40-Prozent-Genderquote in den Versammlungen durchsetzen. Wenn ein Angestellter des öffentlichen Dienstes seine Ehefrau schlägt, wird sein Gehalt direkt an das Opfer überwiesen, um ihre finanzielle Sicherheit zu gewährleisten. Sie kann das Geld nach eigenem Gutdünken verwenden. „Falls ein Ehemann in Gewer eine zweite Frau heiratet, geht die Hälfte seines Besitzes an die erste Frau.

Es gibt Friedensdörfer, neue oder umgewandelte Gemeinschaften von Kooperativen, die ihr eigenes Programm völlig außerhalb der logistischen Einschränkungen durch den kurdisch-türkischen Krieg umsetzen. Die erste solche Gemeinde wurde im Bezirk Hakkari errichtet, angrenzend an den Irak und den Iran, wo „mehrere Dörfer“ sich dem Experiment anschlossen. Im Bezirk Van wurde ein „ökologisches Frauendorf“ erbaut, um Opfern von häuslicher Gewalt Zuflucht zu gewähren. Es versorgt sich „mit aller oder nahezu aller notwendigen Energie“ selbst.

Die KCK veranstaltet alle zwei Jahre Treffen mit hunderten von Delegierten aus allen vier Ländern in den Bergen. Dabei steht die Bedrohung für den autonomen Süden und Westen Kurdistans durch den Islamischen Staat ganz oben auf der Agenda. Die iranischen und syrischen, der KCK angeschlossenen Parteien PJAK (Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê, Partei für ein freies Leben in Kurdistan) und PYD (Partiya Yekitiya Demokrat; Partei der demokratischen Union) treiben den demokratischen Konföderalismus ebenfalls voran. Die irakische KCK-Partei PCDK (Partiya Çareseriya Demokratîk a Kurdistan; Partei für eine politische Lösung in Kurdistan) ist relativ bedeutungslos.



Übersetzung: Nein zu Spaltungen...Nein zu Rassismus. Unsere Revolution ist eine Revolution der Würde und Freiheit. (Foto: recherchegruppe aufstand)

(mahalle), Distrikt (ilçe), Stadt (kent) und Region (bölge), welche als „Nordkurdistan“ bezeichnet wird, organisiert“.

Die „höchste“ Ebene der Föderation in Nordkurdistan, der DTK (Demokratik Toplum Kongresi, Demokratischer Gesellschaftskongress), ist eine Mischung von Delegierten der Basis mit abberufbaren Mandaten, die bis zu 60 Prozent ausmachen und Vertreter*innen von „mehr als 500 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und politischen Parteien“, die bis zu 40 Prozent ausmachen, von denen ungefähr sechs Prozent „für Vertreter*innen von religiösen Minderheiten, Akademiker*innen oder anderen Personen mit besonderen Fachkompetenzen reserviert“ sind.

Es ist unklar, welchen Anteil an diesen 40 Prozent die in ähnlicher Weise delegierten Personen aus direktdemokratischen, nichtstaatlichen, zivilgesellschaftlichen Gruppen im Vergleich zu den gewählten oder nicht gewählten Parteibürokrat*innen ausmachen. Personelle Überschneidungen bei unabhängigen kurdischen Bewegungen und kurdischen politischen Parteien, wie auch die Verinnerlichung vieler Aspekte der direktdemokratischen Prozedur durch diese Parteien verkomplizieren die Situation zusätzlich. Dennoch herrscht bei Beobachter*innen informell Einigkeit darüber, dass die Mehrzahl der Entscheidungen durch die eine oder andere Regelung direktdemokratisch getroffen werden, so dass die Mehrzahl dieser Entscheidungen von unten nach oben in Übereinstimmung mit den föderalen Strukturen ausgeführt werden.

Weil die Versammlungen und der DTK von der illegalen KCK koordiniert werden, der die PKK angehört, werden sie von der Türkei und der sogenannten internationalen Gemeinschaft (EU, USA und andere) ebenfalls als „terroristisch“ bezeichnet. Der DTK sucht auch die Kandidat*innen der prokurdischen BDP (Barış ve Demokrasi Partisi; Partei für Frieden und Demokratie) für das türkische Parlament aus, welche im Gegenzug „Demokratische Autonomie“ für die Türkei





Die herrschende gemäßigte Kurdische Demokratische Partei und ihr Anführer Massoud Barzani, Präsident von Irakisch-Kurdistan, entkriminalisierte sie erst vor Kurzem und beginnt sie nun zu tolerieren. In der nördlichsten Bergregion in Irakisch-Kurdistan, wo die meisten PKK- und PJAK-Kämpfer*innen leben, erblühen radikale Literatur und Versammlungen unter der erneuten Einbeziehung der vielen Kurd*innen aus den Bergen, nach Jahrzehnten der Vertreibung. In den letzten Wochen sind diese Aktivist*innen von den nördlichsten Bergen heruntergekommen, um Seite an Seite mit den irakischen Peschmerga gegen die ISIS zu kämpfen. Sie haben 20.000 Jesid*innen und Christ*innen aus den Bergen von Sinjar gerettet und wurden von Barzani besucht, der sich in aller Öffentlichkeit bei ihnen bedankte und ihnen seine Solidarität aussprach, was einen Gesichtsverlust für die Türkei und die USA bedeutete.

Die syrische PYD ist dem Beispiel Türkisch-Kurdistans bei der revolutionären Transformation der autonomen Regionen gefolgt, die seit dem Ausbruch des Bürger*innenkriegs unter ihrer Kontrolle stehen. Nach „Verhaftungswellen“ unter der ba’athistischen Repression, mit „10.000 inhaftierten Menschen, unter ihnen Bürgermeister*innen, lokale Parteivorsitzende, Abgeordnete, Kader und Aktivist*innen [...], vertrieben kurdische PYD-Kräfte das Baathregime in Nordsyrien (bzw. Westkurdistan) [und] lokale Räte tauchten plötzlich überall auf“. Es entstanden improvisierte Selbstverteidigungskomitees, um „Sicherheit nach dem Zusammenbruch des Ba’athregime“ zu gewährleisten und „die erste die kurdische Sprache unterrichtende Schule“ wurde errichtet, während die Räte für die gerechte Verteilung von Brot und Treibstoff sorgten.

Im türkischen, syrischen und, in einem geringeren Ausmaß, im irakischen Kurdistan haben Frauen nun die Möglichkeit, den Schleier abzulegen, und sie werden stark dazu ermutigt am sozialen Leben teilzunehmen. Alte, feudale Verbindungen werden aufgebrochen, die Menschen sind frei, einer Religion ihrer Wahl oder keiner zu folgen und ethnische und religiöse Minderheiten leben friedlich miteinander. Wenn sie in der Lage sind das neue Kalifat aufzuhalten, könnte die PYD-Autonomie in Syrisch-Kurdistan und der KCK-Einfluss in Irakisch-Kurdistan eine noch tiefgreifendere Explosion von revolutionärer Kultur und revolutionären Werten bewirken. Am 30. Juni 2012 hat jetzt auch das Nationale Koordinierungskomitee für einen demokratischen Wechsel (National Coordination Committee for Democratic Change; NCB), die breitere revolutionäre, linke Koalition in Syrien, von der die PYD die größte Gruppe darstellt, „das Projekt der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus als ein mögliches Modell für Syrien“ angenommen.

Die kurdische Revolution vor dem IS verteidigen

In der Zwischenzeit hat die Türkei damit gedroht, in kurdische Gebiete einzufallen, falls „Terrorlager in Syrien errichtet werden“, weil hunderte KCK-Kämpfer*innen (einschließlich der PKK) aus Kurdistan die Grenze überqueren, um Rojava (kurdisch für Westen) vor den Angriffen des Islamischen Staates zu verteidigen. Die PYD behauptet, dass die moderate islamistische Regierung der Türkei sich schon in einem Stellvertreterkrieg gegen sie befindet, indem sie die Reise

internationaler Dschihadisten über die Grenze erleichtert, die mit den Islamisten kämpfen wollen. In Irakisch-Kurdistan rief Barzani, dessen Kämpfer*innen in den 1990er Jahren im Austausch für den Zugang zu den westlichen Märkten an der Seite der Türkei gegen die PKK kämpften, nach einer „kurdischen Einheitsfront“ in Syrien, einschließlich einer Allianz mit der PYD. Barzani vermittelte 2012 das „Abkommen von Erbil“, das zur Gründung des Kurdischen Nationalrats führte. PYD-Anführer Salih Muslim bekräftigte, dass „alle Teilnehmer*innen ernsthaft und entschlossen sind, um weiterhin zusammenzuarbeiten“.

Auch wenn das Studium und die Umsetzung libertär-sozialistischer Ideen unter der KCK-Führung und ihrer Basis unzweifelhaft eine positive Entwicklung ist, bleibt es immer noch abzuwarten, wie ernst es ihnen damit ist, ihre blutige, autoritäre Vergangenheit hinter sich zu lassen. Der kurdische Kampf um Selbstbestimmung und kulturelle Souveränität bilden einen silbernen Streif in den dunklen Wolken, die sich über dem Islamischen Staat und den blutigen Kriegen zwischen Islamismus, Ba’atismus und religiösem Sektierertum zusammenballen, die überhaupt erst zur Entstehung des IS geführt haben. Eine fortschrittliche und säkulare pankurdische Revolution mit libertär-sozialistischen Elementen, die die irakischen und syrischen Kurd*innen vereint und die türkischen und iranischen Kämpfe wiederbelebt, könnte immer noch eine mögliche Perspektive sein. In der Zwischenzeit schulden jene von uns, die der Idee der Zivilisation einen Wert beimessen, den Kurd*innen Dank. Sie bekämpfen Tag und Nacht die Dschihadisten des islamistischen Faschismus an den Fronten in Syrien und des Irak und verteidigen radikaldemokratische Werte mit ihren Leben.

„Die Kurd*innen haben keine Freund*innen, außer den Bergen.“
(kurdisches Sprichwort)

Rafael Taylor ist ein libertärer Sozialist und selbständiger Journalist, der in Melbourne lebt. Er ist auch Moderator des „Floodgates Of Anarchy“-Podcasts, Mitglied der ASF-IAA (Anarcho-Syndicalist Federation - Internationale ArbeiterInnen-Assoziation) und Vorsitzender der Left Libertarian Alliance Melbourne.

INFOS & HINTERGRÜNDE

◆ Demokratische Autonomie in Nordkurdistan – Rätebewegung, Geschlechterbefreiung und Ökologie in der Praxis – Eine Erkundungsreise in den Süden der Türkei ISBN 978-3-941012-60-8
Online lesen: demokratischeautonomie.blogspot.eu

◆ Vom Marxismus zu Kommunalismus und Konföderalismus: Bookchin und Öcalan <http://civaka-azad.org/vom-marxismus-zu-kommunalismus-und-konfoederalismus-bookchin-und-oecalan/>

◆ Bookchin wird in unserem revolutionären Kampf weiterleben – Nachruf der PKK
http://www.de.anarchopedia.org/Nachrufe_auf_Murray_Bookchin

gigen geht, ist offensichtlich und nur ein weiterer Ausdruck davon, dass das kapitalistische Wachstum auf der Armut der Arbeitenden beruht.

Auch vom staatlichen Interesse her, die Kreditwürdigkeit wieder zu erlangen, hat das Programm, wie gezeigt, so seine Widersprüche. Und selbst Lohnsenkungen bleiben nicht ohne negative Folgewirkungen: Das staatliche Programm reduziert nach Kräften die Massenkaufkraft, auf die die Unternehmen für ihre Warenverkäufe angewiesen sind. Das Lohnsenken sorgt zwar einerseits dafür, dass die Unternehmen von dem Gelderlös der verkauften Waren weniger an die Arbeitenden als Lohn abgeben müssen und so mehr Gewinn als Resultat übrig bleiben könnte. Dafür müssen aber auch alle hergestellten Waren verkauft werden. Und wenn große Industrieanlagen sich erst bei einer Massenproduktion lohnen, dann sind die Unternehmen doch von der Massenkaufkraft der Lohnabhängigen abhängig.^[3]

So verschärft die Austeritätspolitik insgesamt die wirtschaftliche Krise, die mit der Staatsverschuldungskrise meist schon einhergeht. Das Verhältnis von Schulden zu kapitalistischen Wachstumsaussichten wird noch prekärer. Keynesianische Wirtschaftspolitiker*innen haben es so einerseits leicht aufzuzeigen, dass Austeritätspolitik keine „Lösung“ sei. Sie haben es gleichzeitig schwer, weil ihre alternativen Konzepte umfangreichere kreditfinanzierte Staatstätigkeit einschließen – und den Kredit gibt’s ja gerade nicht.

Die einzige systemgerechte „Lösung“ für die Staatsverschuldungskrise auf Basis des Kapitalismus liegt in dem, was der Staat nach Kräften vermeiden will und dabei ungewollt befördert: Kapital wird vernichtet – sowohl Bankkapital (und damit auch die Schulden des Staates) als auch industrielles Kapital. So ist dann der Ausgangspunkt der Größe, die beim Wirtschaftswachstum wachsen soll, reduziert. Und die Schulden sind ebenfalls reduziert. Zusammen mit dem neuen Armutsniveau der Lohnabhängigen kann es dann ein Verhältnis von Staatsschulden und Wachstumsaussichten geben, dass die Finanzwelt wieder interessant findet. Dann kann alles wieder von vorne losgehen.

Der politische Kredit als Alternative

Für einen Staat, der an den freien Finanzmärkten keinen Kredit mehr bekommt, gibt es noch eine Alternative, sich Kredit von anderen Staaten zu besorgen, z. B. über den IWF. Dieser Kredit ist politisch, weil er nicht wegen der Gewinnaussichten über den Zins gegeben wird, sondern weil die Geschäftswelt gerade sagt: Dieser Staat ist als Kreditnehmer kein gutes Geschäft.

Der IWF ist eine Institution, in der sich die Staaten der Weltgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um denjenigen Ländern Kredit zu geben, die auf den Finanzmärkten keinen mehr bekommen. Der Preis für diese Kredite sind dann Strukturanpassungsprogramme, die in etwa dem entsprechen, was eben als Austeritätspolitik beschrieben wurde. Zudem müssen die Länder ihre nationale Wirtschaft für



den freien Handel völlig öffnen. Damit sind sie dann für die Kapitale der Geldgeberländer als Investitionsgelegenheit geöffnet – freilich nicht mit der Garantie, dass auch irgendein Kapital wirklich kommt, und wenn es kommt, dass es zur Entwicklung des Landes beiträgt. In der Eurozone gibt es einen anderen politischen Kredit. Der Grund ist die besondere wechselseitige Abhängigkeit der kriselnden und kreditgebenden Länder in der gemeinsamen Währung Euro. Hier haben sich Staaten zusammengeschlossen, die jeweils für sich versuchen, das Gemeinschaftsprojekt für die eigene nationale Entwicklung zu nutzen.

Deutschland hat seine starke DM aufgegeben, um eine noch stärkere Währung zu schaffen. Ziel war und ist eine Währung, die eine noch größere Weltgeltung bekommt und irgendwann mal den Dollar vom Thron des Weltgeldes stoßen soll.

Folgende Beispiele veranschaulichen, was es bedeutet, über die Währung Nr. 1 auf der Welt zu verfügen: Die BRD hat die Vereinigung mit der DDR mit über 1.000 Mrd. DM neuen Kredit finanziert – ohne dass die Währung darüber kaputt ging. Die USA finanziert laufend ihren „War on Terror“ mit viel größeren Schuldensummen. Eine starke Währung, die weltweit gerne akzeptiert wird, weil sie als gültiger abstrakter Reichtum gilt, verschafft einem Staat die Freiheit, Schulden zu machen.

Die Bundesrepublik hatte mit der DM eine starke Währung, aber gegenüber dem Dollar sah sich die BRD alleine machtlos bzw. am Ende mit dem Projekt aus eigener Kraft, ein besseres Weltgeld zu werden. Mit dem Euro sollte ein noch größerer Wirtschaftsraum gesetzlich verpflichtend unter die Währung gesetzt werden, damit die Wirtschafts- und vor allem Finanzwelt außerhalb des Euroraumes den Euro als sichere Währung und lohnende Geldanlage begreift. Das Aufgeben der DM war durchaus mit der Berechnung verbunden, dass Deutschland in währungspolitischen Fragen weiter den Ton beim Euro angeben werde. Schließlich war das gesamte Vertragswerk mit deutscher Feder geschrieben worden.^[4]

Andere Länder wollten mit dem Euro endlich die Währungsstabilität und Kreditwürdigkeit erhalten, die Deutschland längst hatte, um damit die eigene Nation zu entwickeln. Die Staatsverschuldungskrise machte beiden Kalkulationen einen Strich durch die Rechnung. Griechenland & Co. waren plötzlich eine Belastung für das deutsche Ziel. Für die südeuropäischen Staaten wiederum hat sich die Euroeteilnahme nicht als Entwicklungsweg bewährt und die Euroverträge verwehren ihnen einige Möglichkeiten, die Krise aufzuhalten, die der Euro als Risiko bereit hält. So verbietet das Vertragswerk des Euro den Staaten, einfach Geld zu drucken, um Schulden zu bezahlen. Deutschland pocht hier auf Einhaltung der Verträge.

Die südeuropäischen Staaten wollten, dass die Eurogemeinschaft ihnen jetzt Kredit einräumt. Dieser Standpunkt ist die Anpassung des Ursprungsinteresses, nach dem der Euro ein Mittel für die jeweili-

[3] Zur Erläuterung der Profitrechnung und der Rolle der Lohnabhängigen dabei siehe das Buch „Die Misere hat System: Kapitalismus“ demnächst auf <http://www.gegner.in>.

[4] Das Thema Weltgeld ist schwierig und hier nur angerissen. Zum Weiterlesen: Giovanni Krowalczyk, Die Währungskonkurrenz als höchstes Stadium des Imperialismus. In: Ilka Schröder (Hg.), Weltmacht Europa – Hauptstadt Berlin? Ein EU-Handbuch, Hamburg: Konkret, Text 39, 2005.



Was Deutschland von Europa will. Die europäische Krisenpolitik

In der Neujahrsansprache für das Jahr 2014 teilte die deutsche Kanzlerin Merkel ihrem Volk bezüglich der Eurokrise mit: „Es gibt viel zu tun, damit Deutschland auch in Zukunft stark bleibt“. Die Stärke der Nation ist ein Dauerprogramm, das von der Bevölkerungsmasse ständig Anstrengungen und Opfer verlangt. Andere Opfer des deutschen Stärkeprogramms sammeln sich in Heerscharen von Arbeitslosen in den südeuropäischen Ländern.

★ von Gruppen gegen Kapital und Nation

Was ist Austeritätspolitik?

Seit 2010 hat die internationale Bankenwelt durch Investitionsentscheidungen (freilich ohne sich abzusprechen) indirekt gesagt: „Die Staatsverschuldung einiger Euroländer sind keine guten Geschäftsmittel, mit denen man sicher eine gute Rendite erwirtschaften kann.“ Die Banken haben Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal und Italien immer weniger Kredit geben wollen oder nur, wenn die Zinsen deutlich höher ausfallen. Die Bankenwelt hat insgesamt das Urteil gefällt: „Diese Länder haben zu viele Schulden im Vergleich mit ihren wirtschaftlichen Wachstumsaussichten.“^[1]

Auf dieses Urteil muss jeder Staat reagieren, wenn er am Ziel „Kapitalismus als Entwicklungsweg für die Nation“ festhalten will.^[2] Denn für jeden Kapitalismus ist der Kredit unverzichtbar. Den Kreditmärkten in Form von Signalen Eindruck zu machen, ist das ureigenste Interesse dieser Staaten. Wie geht das?

Erstens: Wenn die Finanzmärkte Wachstumsaussichten vermissen, müssen diese herbeiregiert werden. Alles, was die Staaten vor der Staatsschuldenkrise in der Wirtschaftspolitik gemacht haben, wäre hier genauso sinnvoll, z. B. verbesserte Infrastruktur, Subventionen für schon erfolgreiche Unternehmen usw. Nur kostet das alles Geld und dafür nehmen ja Staaten in aller Regel auch Kredit auf – und der wird von den Banken gerade nicht gegeben. Für das Wachstum kann der Staat weiter die Löhne senken, z. B. indem er Kündigungsschutzgesetze lockert, den Mindestlohn senkt usw. Das geht über viele direkte und indirekte Wege.

Zweitens: Wenn die Finanzmärkte verhältnismäßig viele Schulden beklagen, dann kann der Staat versuchen, mit weniger Schulden auszukommen. Der Staat, der die Kreditwürdigkeit wieder herstellen will, kommt so auf das Einsparen von Staatsausgaben: Die Gehälter der Staatsangestellten kürzen, manche gleich entlassen und Sozialausgaben senken. Er kann manche Subventionen für die Wirtschaft streichen und insgesamt die staatlichen Dienste zurückfahren. Das alles hat aber Rückwirkungen auf die Aussichten des Wirtschaftswachstums, sodass hier meist ordentlich in der sozialpolitischen Abteilung gewütet wird, während die Dienste für das Kapital glimpflicher weg kommen.

Drittens: Will der Staat manche Staatsausgaben gar nicht oder nicht so stark kürzen und dennoch mit weniger Schulden auskommen, dann kann er auch die Steuer erhöhen. Auch dabei müssen die Rückwirkungen auf das Wirtschaftswachstum berücksichtigt werden. Der Staat erhöht deshalb in der Regel die Mehrwertsteuer, während Unternehmenssteuern nicht so stark oder gar nicht erhöht werden. Der Staat kann sich auch zusätzliche Einnahmen über die Privatisierung von Staatsbetrieben oder -ländereien verschaffen. Allerdings bringen Verkäufe, die man aufgrund der Krise aus Not machen muss, in der Regel nicht viel Geld ein. Land oder ganze Betriebe verkaufen bringen nur richtig Geld ein, wenn man verkaufen kann, aber nicht muss.

Dieses ganze politische Krisenprogramm ist unter der Bezeichnung „Austeritätspolitik“ bekannt. Dass der Großteil der Last (Lohnsenken, Sozialabbau, Mehrwertsteuer) dabei auf Kosten der Lohnabhän-

[1] Wie die Banken hier kalkuliert haben und wie sie sich dabei insbesondere aufeinander bezogen haben, ist ausführlicher in dem Text „Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum“ nachzulesen: <https://www.gegner.in/staatsverschuldung>

[2] Staat heißt hier und im Folgenden: Egal, welche Partei an der Macht ist und den Kapitalismus als Grundlage des Staates haben will.



Gegen den Isolationismus der Gruppen gegen Kapital und Nation

Ist Patriotismus nur Nationalismus in der „Light-Version“ und strukturell doch dasselbe, oder muss beides doch einzeln und unabhängig analysiert werden? Die Gruppen gegen Kapital und Nation haben in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift in „Zur Psychologisierung von Nationalismus“ einen ersten Beitrag geleistet. Hier folgt nun eine Erwiderung.

★ von einem Alt-Anarchist im FdA

Vorwort der Redaktion (cln): Der Text wurde innerhalb des Redaktionskollektivs lange diskutiert. Nach einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Autor - in dessen Verlauf der Text nochmals überarbeitet wurde - haben wir uns entschieden den Beitrag zu veröffentlichen. Auch wenn weiterhin einige Thesen des Artikels nicht von allen Aktiven innerhalb der Redaktion geteilt werden, finden wir allgemein eine kritische - und offene - Diskussion zu dem Thema wichtig und notwendig. Wir laden alle Leser*innen ein, sich mit eigenen Beiträgen daran zu beteiligen.

“Wenn Nationalismus in der demokratischen Öffentlichkeit zur Sprache kommt, liegt meist eine Unterscheidung zu Grunde, die teils auch extra benannt wird. Patriotismus sei die gute, gesunde Parteilichkeit für die eigene Nation, Nationalismus dagegen der schlechte, übersteigerte Fanatismus. Sachlich betrachtet ist diese Gegenüberstellung unbegründet. Tatsächlich macht Patriotismus und Nationalismus inhaltlich dasselbe aus, nämlich das prinzipielle Dafür-Sein für das Kollektiv, dem man angehört, obwohl man es sich nicht ausgesucht hat.”

Und weiter lesen wir:

“Der Unterschied besteht tatsächlich in der Radikalität oder Ausprägung dieses Dafürhaltens. Wie sollte aber dieselbe Grundeinstellung einmal lobenswert und gut, bei stärkerer Ausprägung aber schlecht und verkehrt sein?”

Seit Jahrhunderten weiß man in der Medizin: ein und dergleiche Stoff kann in geringer Menge heilende Wirkung entfalten, in zu großer

Menge dagegen verabreicht ist er schädlich – weshalb sollte dies nicht auch für menschliche Haltungen gelten? Insbesondere, da eben nicht Radikalität oder Ausprägung des Dafürhaltens, sondern Indentifikation, dieses Dafürhalten zur fixen Idee, ohne die man nicht sein zu können glaubt, und Ausgangspunkt des eigenen Selbstbildes zu machen, Gegenstand des Nationalismus ist.

Der Patriot identifiziert sich nicht vollständig mit der Nation, sondern meist nur mit einigen als positiv erkannten Strömungen der Nation; er ist ein Befürworter und Gegner der Nation, Befürworter der Nation in ihren von ihm als positiv anerkannten Entwicklungen und gleichzeitig ihr Gegner, wenn z.B. der Fremdenhass oder der Antisemitismus in der Nation sein hässliches Gesicht erhebt. Der Nationalist dagegen hat kein eigenes Selbstbewußtsein, sondern das nationale Wir der Kollektivität sowie ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Größe ersetzt sein Selbstbewußtsein. Jeder Angriff auf die Nation ist für den Nationalisten daher ein Angriff auf ihn selbst, jeder Sieg seiner Nation ein Sieg seiner selbst, weil er sich bis zur völligen und totalen Selbstaufgabe mit dem Wir seiner nationalen Kollektivität identifiziert.

“Oft wird das begründet damit, dass Patriotismus die Liebe zu den Seinen, Nationalismus der Hass auf die anderen wäre. Da der Unterschied zwischen beiden aber nur ein gradueller ist, gehört schon zum Patriotismus sowohl die Aufwertung der eigenen Nation als auch die Herabsetzung von dem, was nicht dazugehört. Die Herabsetzung und damit die praktische Tätigkeit gegen die Nichtdazugehörigen ist im Patriotismus angelegt. Parteilichkeit für etwas heißt, dass man das davon Abgegrenzte in einem schlechteren Licht sieht.”



Klar und eindeutig werden hier patriotische Menschen mit Nationalist*innen in einen Topf geworfen; man will gerade noch graduelle Unterschiede in der “praktischen Tätigkeit gegen die Nicht-dazugehörigen” anerkennen, indem die Patriot*innen ihren Hass verbergen, die Nationalist*innen jedoch ihn offen ausleben. Es war also der Hass und im wesentlichen die “praktische Tätigkeit gegen die Nichtdazugehörigen”, die dänische Patrioten dazu veranlasste, im von der deutschen Wehrmacht besetzten Dänemark am Abend vor ihrer drohenden Deportation nach Auschwitz und Bergen-Belsen 7 000 Juden in Ruder- und Fischerbooten quer durch die deutschen Linien ins neutrale Schweden zu schaffen? Vielen Dank, Genossen und Genossinnen, ohne Eure tiefeschürfende Analyse hätte ich das niemals erkannt. Ganz offensichtlich sind ja auch die Juden und Israelis auf diese dänischen Patriot*innen, die sich nur graduell von ihren Verwandten an der Rampe in Auschwitz unterschieden, heringefallen, als sie dem dänischen Volk einen Baum im Garten der Gerechten pflanzten.

Mal völlig unabhängig davon, ob diese holzschnittartige Analyse nun den Nagel auf den Kopf trifft oder doch zu viele Elemente der Wirklichkeit einfach ausblendet – wir sollen also ernsthaft patriotische Menschen, die Goethe, Schiller und Mathias Claudius schätzen, den Nationalsozialismus aber ablehnen und besorgt sind über eine Entwicklung ihrer Nation zu einem neuerlichen Faschismus oder Nationalsozialismus, gegen die Nazis mobilisieren, indem wir ihren Patriotismus mit dem Nationalismus der Nazis gleichsetzen?! Wie soll ein breites gesellschaftliches Bündnis im Sinne des Antifaschismus von Anarchist*Innen über Die Linke, SPD bis zur Jungen Union möglich werden, wenn wir unseren Verbündeten unterstellen, als Patrioten nur verlogene Nazis zu sein, die es lediglich aus vielerlei Gründen nicht wagen, ihren Hass auf Ausländer und Inländer anderer Nation und Herkunft auszuleben?

Diese Analyse läßt keine Bündnismöglichkeit offen und führt zur völligen gesellschaftlichen Isolation des Anarchismus.

“Dass die Gegenüberstellung von Patriotismus und Nationalismus keine inhaltliche Grundlage hat, sieht man daran, dass nationalistische Taten in der Öffentlichkeit nicht in ihrem politischen Gehalt kritisiert werden, sondern ersatzweise z.B. mit dem Pauschalurteil „Extremismus“ belegt werden. Einerseits werden die unerwünschten Auswirkungen von Nationalismus erkannt und teils auch benannt (auch wenn Gewalt von Rechts oft nicht oder nicht als solche benannt wird). So war z. B. im Fall des NSU

nicht zu leugnen oder totzuschweigen, dass Faschisten Menschen gezielt umgebracht haben. Andererseits wird die politische Motivation an nationalistischen Gewalttaten nicht gesehen. Ihnen wird nicht nur die Rechtmäßigkeit abgesprochen, sondern dass sie durch ihre Gewalt überhaupt einen politischen Willen äußern. Wird dieser aber einmal in seinem Inhalt betrachtet, stellt sich heraus, wie er aus der erwünschten und verbreiteten Bejahung der hiesigen Verhältnisse hervorgeht. Die entgegengesetzte Bewertung von Patriotismus und Nationalismus folgt also nicht einer Untersuchung, was beides ist, sondern resultiert aus dem Interesse, die unerwünschten Resultate von der zu Grunde liegenden Einstellung zu trennen.”

Die Behandlung rassistisch motivierter Taten in der BRD und früheren DDR nicht als politische Willensäußerung, sondern als “Rowdium” ist kein zwingender Beweis dafür, daß einer Unterscheidung zwischen Patriotismus und Nationalismus jegliche Grundlage fehle; hier könnten eine Vielzahl anderer Gründe angeführt werden, so z.B. die Behandlung des Holocaust in rechten Kreisen als singuläre Ausnahme und Unfall der deutschen oder europäischen Geschichte und daraus resultierend den politischen Unwillen, wahrzunehmen, daß ein rassistischer Faschismus – legitimiert durch die Demokratie wie derzeit in Ungarn – jederzeit wieder möglich ist. Oder im Falle der früheren DDR die Definition des “besseren Deutschland” als antifaschistisch, in der eine Begeisterung für rassistische Ideologien durch eine flächendeckende, allen Menschen vermittelte Staatsbürgerkunde an Schulen und Universitäten angeblich auszuschließen gewesen sei.

Ich erkenne keine Strategie, die Resultate des Nationalismus von ihren Ursachen zu trennen. Sondern eine Analyse der Sachlage faschistischer Gewalt durch die NSU in der Bundesrepublik darf meiner Meinung nach nicht die politische Interessenübereinstimmung zwischen gewalttätigen Faschisten und dem regierenden Establishment in der Tagespolitik übersehen. Im Fall der NSU geht es dem Verfassungsschutz und den Geheimdiensten des Staates darum, die eigene Beteiligung als Geldbeschaffer und Sprengstoff- sowie Waffenlieferant durch V-Leute und BND-Mitarbeiter als ideologische Köpfe und Anleiter des NSU-Trios zu verschleiern; aufgrund der Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und der Befragung von Zeugen im münchener NSU-Prozess kommt sogar das Zweite Deutsche Fernsehen zum Ergebnis, daß hier eine rechte Terrorzelle im europäischen Netzwerk von Blood & Honor mit Steuermitteln aufgebaut wurde – und das der Schutz dieser Mitarbeiter staatlicher Dienste in der ideologischen Führung und Unterstützung der NSU, von Undercoveragenten der BRD, die sich als Nazis in der Szene durch besondere Härte und Radikalität auszeichnen mußten, um nicht als Spitzel aufzufallen, es der NSU immer wieder ermöglichte, neue Terrorakte zu begehen. Eine andere Terrorzelle von Blood & Honor flog im Jahr 2000 medienwirksam auf, nachdem die Kameraden vom berliner Verfassungsschutz ein Gewehr mit Zielfernrohr erhalten hatten, aber noch keinen Terrorakt durchführen konnten; obgleich der Generalstaatsanwalt seinerzeit von einer neuen Qualität in der faschistischen Szene

durch die Entwicklung terroristischer Strukturen sprach, wurde den vorliegenden Hinweisen im sichergestellten Material sowie in den Berichten des Undercoveragenten des berliner Verfassungsschutzes auf die NSU jahrelang nicht nachgegangen. Es kann nur vermutet werden, daß die direkt oder indirekt von staatlichen Diensten geleitete NSU sich selbst erledigte, als sie sich mit ihrem Mord an zwei Polizeimitarbeitern gegen die Hand wendete, die sie all die Jahre zuvor fütterte. Es wäre nicht das erste Mal, daß ein europäischer Staat die Gewaltbereitschaft politischer Gruppen fördert und nutzt, um die Existenz seiner Repressionsorgane zu legitimieren – und im vorliegenden Fall zum einen ein konkurrierendes Establishment mit Migrationshintergrund zu diskreditieren und zum anderen die Zahl der Asylanträge herunter zu fahren.

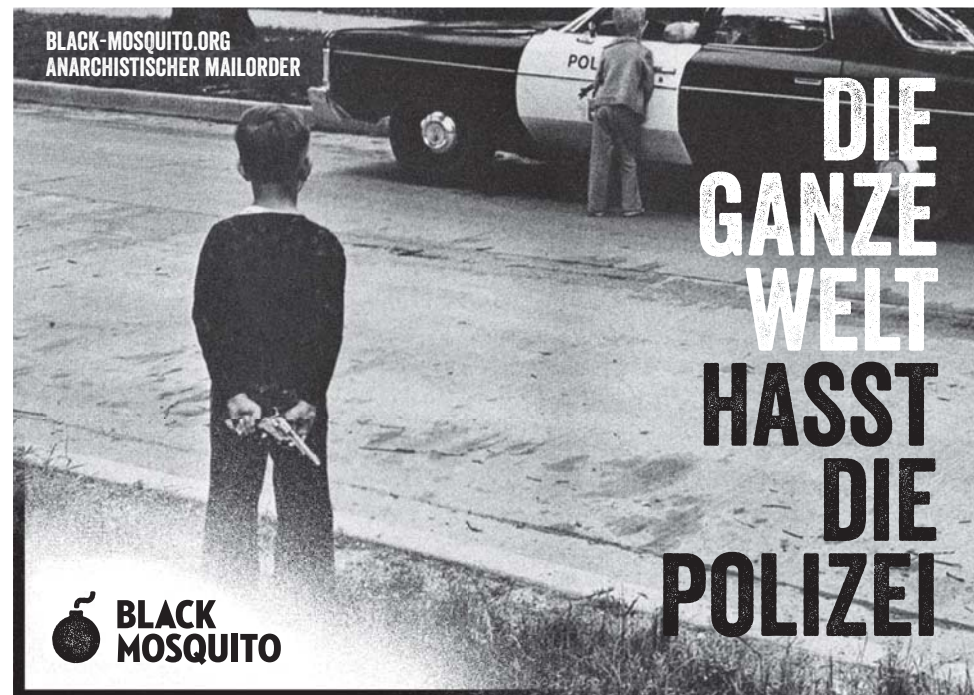
Die Gruppen gegen Nation und Kapital legen ihrerseits keine Analyse vor, die untersucht, was Patriotismus und Nationalismus im Spiegel aller der im deutschen Sprachraum anzutreffenden unterschiedlichen Nationen sowie nationalen Selbstdefinitionen ist, sondern pauschalisieren meiner Meinung nach die Deutsche des Vormärz als allein gültige Selbstdefinition. Eine Nation, die sich selbst über Herkunft oder Abstammung definiert, grenzt unbestritten in ihrem Nationalismus alle aus, die nicht über die notwendige Abstammung verfügen; in einer in dieser Weise definierten Nation wird auch der Patriotismus in abgeschwächter Form alle Menschen als nicht der Nation zugehörig ab- und ausgrenzen, die die eingeforderte Abstammung zur Zugehörigkeit nicht mitbringen.

Jetzt hätte man, um zu erfahren, was Patriotismus und den Nationalismus ausmacht, erst einmal untersuchen müssen, ob sich das nationale Verständnis der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreich oder der in diesem Raum lebenden nationalen Minderheiten sowie nationalen Volksgruppen ohne Staat an einer Definition der Nation über die Abstammung orientiert oder nicht. Schließlich ist die Gai-dao ein Blatt im deutschsprachigen Raum, der über die Bundesrepublik hinausreicht. Die geäußerte Kritik der Gruppen gegen Nation

und Kapital ist zutreffend, wenn sich das nationale Verständnis im deutschsprachigen Gebiet seit 1815 nicht verändert hat und sich an der deutschen Abstammung orientiert; die Kritik geht jedoch weitgehend fehl, wenn damit Nationen beschrieben werden sollen, die sich über einen gemeinsamen Staat, einen gemeinsamen Freiheitskampf, eine gemeinsame Rechts- oder Volks-Kultur und daher nicht mehr oder niemals an einer Abstammung als Moment der Zugehörigkeit zur Nation orientiert haben.

Im ersten Teil des Artikels “Zur Psychologisierung des Nationalismus” psychologisieren die Autor*innen Patriotismus und Nationalismus ihrerseits, indem sie beiden in all ihren Variationen zwangsneurotische Züge unterstellen, Nichtdazugehörige zu verfolgen und fremde Kulturen abzuwerten. Im zweiten Teil kritisieren sie “die Psychologie” – als sei diese ein monolithischer Block und nicht ein Geflecht geisteswissenschaftlicher unterschiedlicher Theorien, Richtungen und Konzepte – und verwahren sich gegen jede Psychologisierung von Patriotismus und Nationalismus.

Es ist niemals gut, anderen genau das vorzuwerfen, was man selbst betreibt. Denn es läuft auf genau jene Psychologisierung hinaus, die die Autor*innen des hier kritisierten Artikels anderen Menschen vorwerfen, aus der Zugehörigkeit zu einer Nation psychologische Zwänge abzuleiten. Entweder gilt der freie Wille, wodurch es eine klare Entscheidung auch gegen evtl. strukturell vorhandene Anlagen zur Abwertung anderer Kulturen ist, als Patriot anderen Kulturen neutral zu begegnen – oder wir haben es mit einer Regel zu tun, die uns diese Wahl nicht läßt. Da man das Christentum trotz seiner strukturellen Antisemitismen auch ohne Judenhass zu predigen interpretieren kann, bin ich ziemlich sicher, daß es die von den Gruppen gegen Nation und Kapital als zwingend behauptete Abwertung anderer Kulturen im Patriotismus in einigen Varianten von diesem in der Wirklichkeit nicht gibt.



Anzeige



Anzeige

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:

Wer gibt den Ton an?

Aktueller Schwerpunkt:

Machtfrage in Betrieb und Gesellschaft

Probeheft gratis: www.direkteaktion.org

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

Anzeige